

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 38. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 6 2003

Démocrate  Suisse
Pages 13–15

Keine Legalisierung von Rauschmitteln!

Die anstehende Revision des Betäubungsmittelgesetzes bedroht unsere Gesundheit



Dr. med.
Jean-Jacques
Hegg,
Psychiater FMH,
Gemeinderat,
a. Nationalrat,
Dübendorf

Zur Zeit ist eine Revision des Betäubungsmittelgesetzes auf der Traktandenliste der eidgenössischen Räte.* Obschon das Gesetz noch nicht in allen Einzelheiten bereinigt ist, lässt sich schon heute die allgemeine Tendenz abschätzen: ausser einigen Details, die alle darauf hinauslaufen, die Verfolgung und Bestrafung der Einverleibung von Rauschmitteln abzuschwächen, enthält die Revision zwei Kernpunkte: erstens soll der «Konsum» von Cannabis zergrissen, also von Haschisch und Marihuana – es ist eher ein Missbrauch als ein «Konsum»! – legalisiert oder so genannt «straffrei» erklärt werden, und zweitens soll die so genannte «kontrollierte» Abgabe von Heroin, die vorläufig immer noch nur als «Versuch» läuft, ins ordentliche Gesetz überführt werden. Beides ist eindeutig abzulehnen!

Praktisch sollen die Anliegen der

Droleg-Initiative, die vom Stimmvolk massiv abgelehnt worden ist, nun doch noch durch die Hintertüre eingeführt werden, eine grobe Missachtung des Souveräns. Da ein Referendum unausweichlich ist, wird auch dieses Mal das Volk das letzte Wort haben.

Toxikomane Wesensänderung

Grundsätzlich ist vorauszusprechen, dass jede chronische, legale oder illegale Substanzabhängigkeit, also Alkoholismus ebenso wie Heroinismus, Kokainismus oder Cannabissucht, eine Veränderung der Persönlichkeit bewirkt. Übrigens lässt sie sich ebenfalls, wenn auch milder, bei den Leuten in einem Methadonprogramm beobachten. Nur die Tabaksucht bildet hier eine Ausnahme. Diese so genannte toxikomane Wesensänderung ist in der Psychiatrie schon lange bekannt und beschrieben. Sie wird heutzutage in der Schweiz von den Fachleuten unter dem Einfluss der Drogenlegalisierung nur aus politischem Opportunismus tiefer gehängt.

Sie besteht in einer Einschränkung und Schrumpfung der Interessen bis auf solche, die der Beschaffung des Suchtmittels dienen, in Oberflächlichkeit, Unzuverlässigkeit, Nachlässigkeit, Unordentlichkeit, Unpünktlichkeit, Wurstigkeit, Gleichgültigkeit und Unaufrichtigkeit bis zur Verlogenheit, zunächst in Bezug auf die Sucht und das Suchtmittel, später allgemein und in Bezug auf das Alltagsleben. Man redet von einem amotivationalen Syndrom. Manchmal entwickelt sich auch eine kriminelle Energie zur Beschaffung der Suchtsubstanz. Wer substanzsüchtig ist, ist krank. Eine Erscheinung, die ebenfalls bei allen Suchtkrankheiten beobachtet wird, ist die Entwicklung einer Toleranz; das heisst für die gleiche Wirkung

Kein Ausverkauf der Heimat

Mit Bestürzung nehmen die Schweizer Demokraten (SD) zur Kenntnis, dass nach Meinung des Bundesrates Ausländer Wohnungen und Ferienhäuser in der Schweiz künftig frei kaufen können, denn die Landesregierung will eine Motion der FDP für die Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller, früher Lex Friedrich) entgegennehmen.

Nach der deutlichen Ablehnung einer deutlich weniger weitgehenden Lockerung der Lex Friedrich im Jahre 1995 (die SD haben damals erfolgreich das Referendum ergriffen) sei eine völlige Aufhebung des Verbotes von Grundstückenverkäufen an Ausländer ein Affront gegenüber dem gängigen Demokratieverständnis und eine klare Missachtung des Volkswillens. Niemals werden die SD einen totalen Ausverkauf der Heimat hinnehmen und prüfen deshalb bereits jetzt das Referendum.

Bernhard Hess, Nationalrat und SD-Zentralsekretär, Bern

braucht es eine immer höhere Dosis. Das Phänomen führt zu einer Neigung bei den Süchtigen, die Dosierung ständig zu steigern.

Nur Radikalentzug bringt Heilung

Im Grunde gibt es nur eine erfolgreiche und heilende Massnahme gegen Substanzabhängigkeiten: die radikale Trennung vom Suchtmittel und dessen hundertprozentiger Entzug, wenn nötig auch mit Isolation, sprich Einsperrung. Die Revision des Betäubungsmittelgesetzes wird jedoch den Institutionen, die diese allein heilende Entzugs- und Abstinenzbehandlung der Suchtkranken auf ihre Fahnen geschrieben haben, den Boden entziehen. Die Suchtkranken oder Toxikomanen werden so in ihrer Krankheit fest- und zurückgehalten. Bereits machen staatliche Methadonprogramme und angeblich kontrollierte Heroinabgabe diesen zumeist privaten Institutionen das Leben schwer. Manche müssen schliessen, in andern sind Plätze frei. Durch den gesetzgeberischen Entwurf wird also die Motivation zum Ausstieg und damit

zur Heilung bei den Kranken untergraben.

Der internationale Suchtkontrollrat in Wien INCB hält die Revision des schweizerischen Betäubungsmittelgesetzes, wie sie vorgesehen ist, für eindeutig völkerrechtswidrig. Selbstverständlich gibt es einige Schweizer Juristen, die das Gegenteil behaupten. Meist wird

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Keine Verkürzung auf «rechtsextreme Gewalt»
- 5 1.-August-Feier 2003 in Flums
- 6 Ist die Neutralität überholt?
- 7 Wahlen 2003: Für die Schweiz
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

(* Bei Redaktionsschluss noch nicht im Nationalrat behandelt.)

Keine Legalisierung von Rauschmitteln!

Fortsetzung von Seite 1

dann mit den Begriffen «straffrei» statt «legalisiert» und Opportunitätsprinzip herumjongliert. Als Nichtjurist wundert man sich schon ein bisschen, was für ein Theater wegen der so genannten Antirassismus-Strafnorm veranstaltet wird, verglichen mit der Beachtung oder besser gesagt Nichtbeachtung internationaler Konventionen zur Bekämpfung der Rauschmittelsucht!

Cannabis straffrei?

Der «Konsum» von Cannabis soll straffrei werden. Dies führt zu einem ganzen Rattenschwanz von juristischen Abgrenzungsproblemen. Ist also auch der Erwerb zum Eigengebrauch straffrei? Ab welchem Alter? Bis zu welcher Menge? Der «Kleinhandel»? Die Produktion, der Anbau von Hanf? Bis zu welchem Gehalt an THC? Die Ausfuhr, und das bei immer spärlicheren Grenzkontrollen? Ich bin froh, dass ich nicht Jurist bin! Cannabis beziehungsweise das in ihm enthaltene Tetrahydrocannabinol (THC) ist eindeutig ein Rauschmittel. Darin unterscheidet es sich etwa vom Alkohol, der nicht nur als Rauschmittel, sondern klar auch als Genussmittel benützt wird. Wer ein gutes Glas Wein zum Essen schätzt, sonst aber den Alkoholrausch meidet, verwendet ihn als Genussmittel, was nicht heisst,

Anzeige

Das Testament

Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

dass es nicht auch eine Alkoholkrankheit gibt! Aber Alkohol und Cannabis in den gleichen Topf werfen, wie es gewisse Freigabebefürworter tun, wird den beiden Substanzen nicht gerecht. Der Haschischraucher sucht immer den Rausch! Cannabis geniessen kommt nicht vor.

Ein weiterer Unterschied besteht im Abbau und in der Ausscheidung. Alkohol ist wasserlöslich und wird deshalb im Körper viel schneller abgebaut als THC, das fettlöslich ist. Der Befund ist wichtig für die Störung der Feinmotorik, die bei beiden Substanzen vorkommt und für das Autofahren und etwa die Bedienung von Maschinen am Arbeitsplatz von Bedeutung ist. Mancher Verkehrsunfall ist vermutlich durch einen Cannabisrausch verursacht, wird aber nicht erkannt, da der Test auf THC nicht zur polizeilichen Routine gehört wie beim Alkohol.

Psychische und körperliche Folgen

THC ist keine harmlose Substanz. Es hat sowohl psychische wie auch körperliche Vergiftungsfolgen. Die psychischen Auswirkungen stehen im Zusammenhang mit der Einwirkung auf das Gehirn. Dort aktiviert es die so genannten Belohnungssysteme, welche Lust- und Glücksgefühle auslösen. Es ist das, was wir Rausch nennen, das den Ausstieg so schwierig macht und seelische Abhängigkeit erzeugt. Längere Zeit aufgenommen, erzeugen Cannabisprodukte Gedächtnisstörungen, die geistige Leistungs- und Lernfähigkeit nimmt ab. Besonders für Schüler hat das verheerende Folgen, weshalb der schweizerische Lehrer- und Lehrerinnenverband kürzlich die Alarmglocke gezogen hat. In seltenen Fällen entstehen auch schizophreiforme Psychosen, also Geisteskrankheiten.

Körperlich wirkt der Cannabis auf die Geschlechtsorgane ein. Der Verlust der Libido, also der Lust auf Sex, kann im Grenzfall noch als seelische Wirkung bezeichnet werden. Grundlage ist die Abnahme des Testosteronspiegels. Er wirkt sich aber auch auf die Qualität des männlichen Samens aus. Die Samenfäden werden spärlicher, weniger beweglich und weisen auch in einem höheren Masse Missbildungen auf, was die Fruchtbarkeit vermindert. Auch die weibliche Fruchtbarkeit wird herabgesetzt. Die Hypophysenhormone, welche Zyklus, Schwangerschaft und Muttermilchproduktion steuern, werden vermindert, was zu Störungen der Menstruation und eine herabgesetzte weibliche Fruchtbarkeit

bewirkt. Im Tierexperiment lässt sich eine erhöhte Rate von Missbildungen bei den Embryonen nachweisen.

Eine weitere Gefahr besteht in der krebserregenden Wirkung auf die Atemwege, Mundhöhle, Rachen, Kehlkopf, Luftröhre und Bronchien. Cannabis ist drei Mal krebserregender als Tabak! Er und übrigens auch Heroin ist ferner schädlich für das Immunsystem. Die Widerstandskraft gegen alle Arten von Infektionskrankheiten nimmt ab, auch gegen Aids. Dass die Infektion mit dem HI-Virus nicht nur vom Kontakt mit dem Virus abhängt, sondern auch von der Lebensweise, namentlich von Suchtkrankheiten, war in Fachkreisen lange heftig umstritten. Zur Zeit hat sich die Theorie durchgesetzt, dass die Krankheit ausschliesslich auf den Kontakt mit dem Virus zurückgeht. Ob die Theorie nicht zu einseitig ist? Von andern Infektionskrankheiten wissen wir jedenfalls, dass der Zustand des Immunsystems für deren Ausbruch von Bedeutung ist.

Schliesslich führt Cannabis auch zu einer erhöhten Mutationsrate, also Erbänderungen, die fast zu 100% schädlich sind und zu Erbkrankheiten führen. Unter dem Mikroskop beobachtet man Chromosomenbrüche. Die Desoxyribonukleinsäure DNS, die Erbsubstanz, wird verändert. Die Zahl der Totgeburten und missgebildeten Föten nimmt zu. Ob ein Zusammenhang zwischen der Durchsuchung unserer Jugend mit Cannabis und der schwindenden Schweizer Geburtenziffer besteht, die Frage wird von der offiziellen Akademikerzunft nie gestellt. Sie ist tabu! Die Verharmlosung des Cannabis als «weiche Droge» verglichen zu den harten übrigen ist sicher völlig abwegig!

Heroin ist kein Heilmittel!

Medizinhygienisch lässt sich die Abgabe von Heroin ebenfalls in keiner Weise begründen. Das Heroin, in der Schweiz neuerdings als Medikament «Diaphin» in den Arzneimittelschatz aufgenommen, ist ein Gift, das ab einer bestimmten Dosis, als «Überdosis» deklariert, unweigerlich durch Atemstillstand zum Tode führt. Zwar

wirkt es auch schmerzlindernd. Gegenüber andern starken Schmerzmitteln einschliesslich Morphin und synthetischen Medikamenten wie Methadon hat es aber den grossen Nachteil, dass es stark euphorisierend wirkt, also vorübergehende künstliche Glücks- und Wohlgefühle auslöst, was rasch eine intensive seelische Abhängigkeit erzeugt.

Ausserdem führt es auch zu einer körperlichen Abhängigkeit, das heisst bei Entzug des Stoffes entstehen körperliche Abstinenzsymptome wie Zittern, Schmerzen, falsche Empfindungen, Ohrensäusen, Schlafstörungen, Herzklopfen und Rhythmusstörungen, Verdauungsbeschwerden usw. Das Heroin wurde deshalb im letzten Jahrhundert überall aus dem Arzneimittelschatz herausgenommen. Es gibt genug ebenso starke Ersatzschmerzmittel ohne die Nachteile des Heroins. Hauptgefahr ist der Atemstillstand durch eine zu hohe Dosis, manchmal auch unabsichtlich, weil das Heroin «zu rein» ist, manchmal in selbstmörderischer Absicht.

Völlig daneben ist der von Drogenbefürwortern etwa angestellte Vergleich des Heroinsüchtigen mit einem Zuckerkranken, der täglich sein Insulin brauche, oder mit einem Alkoholkranken, der Antabus einnimmt. Das Antabus verunmöglicht ja den Genuss von Alkohol ohne Vergiftungszeichen! Der einzig angemessene Vergleich wäre derjenige mit einem Alkoholiker, dem man täglich seine Ration Schnaps verabreichen würde! Ein besonderes Thema ist die Bezahlung der Heroin- (und Methadon-) abgabe durch die Krankenkassen. Dürfen wir denn jamnern über steigende Krankenkassenprämien, wenn Kassen auch fragwürdige und wissenschaftlich umstrittene Behandlungsmethoden bei Krankheiten bezahlen müssen, die mit einer andern Methode nachweislich heilbar sind?

Die vorgesehene Revision des Betäubungsmittelgesetzes hätte eine verheerende Wirkung auf unsere Jugend und unser Volk. Es ist sehr zu hoffen, dass sich die Stimmbürger durch hohle Schlagworte wie «Viersäulenmodell» und «Schadensverminderung» nicht verführen lassen!

Aufruf!

Viele Firmen gehen dazu über, ihren Namen, ihre Inschriften, Anschriften, Briefköpfe und namentlich ihre Werbung auf Englisch zu verfassen, obschon sie sich an ein Schweizer Publikum richten. Wir rufen unsere Leser hiermit auf, die Erzeugnisse und Dienstleistungen solcher Firmen nach Möglichkeit zu meiden und solche zu berücksichtigen, die Deutsch oder eine andere Landessprache verwenden. Sie leisten so einen Beitrag zu verhindern, dass die Schweiz in ein englischsprachiges Land verwandelt wird!

Keine Verkürzung auf «rechtsextreme Gewalt»

Vernehmlassung der Schweizer Demokraten (SD) i. S. Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda

Einleitung

Jede Form von Gewalt gegen Personen und gegen Sachen, gleichgültig, aus welchem Motiv sie verübt wird, muss uneingeschränkt verurteilt werden. Politisch motivierte Gewalttaten dürfen in einem Rechtsstaat nicht hingenommen werden. Das Gewaltmonopol liegt ausschliesslich beim Staat, der deshalb wieder in die Lage versetzt werden muss, die Freiheit und Unversehrtheit seiner Einwohner zu gewährleisten. Für politisch motivierte Gewalt gibt es keine Legitimation, gleichgültig, von welcher Seite des politischen Spektrums sie verübt wird. Politisch motivierte Gewalttaten sind daher ohne jegliche Einschränkungen oder Verkürzungen auf Teile des politischen Spektrums zu verurteilen.

Keine Instrumentalisierung der Gewalt

Mit Besorgnis muss beobachtet werden, dass vermeintlich und tatsächlich rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten in der Schweiz auch in diesem Bundesgesetz instrumentalisiert werden, um die heimattrauen Kräfte aus dem politischen Diskurs zu verdrängen oder ihnen zumindest schwer zu schaden.

Keine Tabuisierung der Zuwanderung

Das Thema «Ausländer» und «Zuwanderung in die Schweiz» darf nicht tabuisiert werden. Die Behauptung, Kritik an der Massenzuwanderung diene politischen Gewalttätern als willkommenes Stichwort, läuft auf die Tabuisierung eines für die Zukunft der Schweiz existentiellen politischen Themas hinaus. Auch in Zukunft soll das Grundrecht auf Meinungsfreiheit in Anspruch genommen werden dürfen und auf die gravierenden Fehlentwicklungen hingewiesen werden, die eine ungewollte und unregulierte Zuwanderung in die kleine Schweiz mit sich bringt.

Keine Aufwertung von Linksextremisten

Mit Empörung muss zur Kenntnis genommen werden, dass im gleichen Mass, wie konservative Strömungen in der Schweiz insbesondere durch die Medien gesell-

schaftlich «geächtet» werden, linksextremistische Kräfte unter dem Sammelbegriff «antifaschistischer Widerstand» politisch aufgewertet werden und mehr und mehr dem «demokratischen Lager» zugerechnet werden.

Mit aller Schärfe muss Front gegen den von Medien und Linksparteien und neu auch in diesem Gesetz erzeugten Eindruck, Gewalt sei eine typische Erscheinungsform «rechtsextremer Gesinnung» gemacht werden. Richtig ist vielmehr, dass die Gewaltkriminalität insgesamt in der Schweiz ein beängstigendes Mass angenommen hat. Insbesondere zu verurteilen ist die Verkürzung der laufenden Diskussion über Gewalt in der Gesellschaft auf «rechtsextreme Gewalt», weil dies von zahlreichen Ursachen der Gewaltentstehung ablenkt. Verurteilenswert ist auch der Versuch, im Rahmen einer Kampagne «gegen Rechts» den unzutreffenden Eindruck zu erwecken, dass Gewalttaten nur oder überwiegend aus einer nicht näher definierten «rechten Gesinnung» verübt würden.

Gewaltkriminalität eindämmen

Gewalt ist kein «rechtes» Phänomen, wie in diesem neuen Bundesgesetz suggeriert wird. Die Gleichsetzung von Gewalt und «Rechts» dient ausschliesslich der Stigmatisierung des politischen Spektrums rechts der Mitte. Die Schweiz sieht sich seit Jahren mit einem deutlichen Anstieg brutaler Gewaltkriminalität konfrontiert, innerhalb derer «rechtsextremistische Gewalt» einen verschwindend kleinen Anteil einnimmt. Diese Feststellung soll keineswegs rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten relativieren, sondern belegen, dass es einer gemeinsamen Anstrengung aller gesellschaftlichen Institutionen bedarf, um den besorgniserregenden Anstieg der Gewaltkriminalität einzudämmen.

Gewaltzunahme erörtern

Alle gesellschaftlichen Institutionen sind zu einer Initiative mit dem Ziel zusammenzuschliessen, die Gewaltkriminalität in der Schweiz, der immer mehr Bürgerinnen und Bürger zum Opfer fallen, zurückzudrängen. Wer Gewalt nur bestimmten, politisch nicht genehmen Gruppierungen zuschreiben will, der verharmlost die in der Schweiz schwelende Gewalt-



Linksextreme Gewalt wird tabuisiert

problematisch auf unverantwortliche Art und Weise. Vielmehr ist eine offene und ohne Tabus geführte Erörterung sämtlicher Ursachen für die Gewaltzunahme in der Schweiz zu führen. Nur so könnten Möglichkeiten zu deren effektiver Bekämpfung gefunden werden.

Gewaltdarstellung ausblenden

Ohne Scheuklappen ist eine umfassende Diskussion über die gesellschaftlichen Ursachen von Gewalt zu führen. So darf beispielsweise der negative Einfluss von Gewaltdarstellungen in Medien, vor allem auf junge Menschen, nicht ausgeblendet werden. Ferner ist dem offensichtlichen Werteverlust durch eine Bildungspolitik entgegenzuwirken, die dem jungen Menschen die Bedeutung von Heimat, Tradition, Familie und Kultur deutlich macht und damit identitätsstiftend wirkt.

Kritik zu den einzelnen Paragraphen

Artikel 13bis Sicherstellung, Beschlagnahme und Einziehung von Propagandamaterial (neu)

Begriff Propaganda

Die Schweizer Demokraten befürchten, dass dieser neue Propagandaparagraph auch gegen Parlamentsparteien, welche die Masseneinwanderung und den Asylrechtsmissbrauch anprangern, instrumentalisiert werden soll. Erste Anzeichen einer solchen Entwicklung geben die meist erfolglosen Klagen gegen die SVP und die FPS bereits. Die Gedanken- und Gesinnungspolizei, welche künftig rassendiskriminierenden Inhalt aufdecken soll, lehnen die SD entschieden ab.

Begriff Rassendiskriminierung

Der Begriff der «Rassendiskriminierung» ist nicht klar definiert.

Die «Sans papier»-Hilfsorganisationen, die Gesellschaft für bedrohte Völker oder «SOS rasisme» werten schon die leiseste Kritik an der verfehlten Einwanderungs- und Asylpolitik des Bundes als Rassendiskriminierung. Es liegt wohl auf der Hand, dass gewisse Kreise mittels dieses Beschlagnahmungsparagraphen den Wahlkampf rechtsbürgerlicher Parlamentsparteien stören wollen.

Behördliche Kontrolle

Auch die Kontrolle über diese Gesinnungsbehörde ist ebensowenig geregelt wie eine allfällige Rekursmöglichkeit bei willkürlichen Entscheidungen wie zum Beispiel die Einziehung von tatsächlichem oder vermeintlichem rassendiskriminierendem Propagandamaterial.

Artikel 261ter (neu) Kennzeichen mit rassendiskriminierender Bedeutung

Es ist unverständlich, dass mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem totalen Zusammenbruch von Nationalsozialismus und Faschismus in Europa, erstmals in der Schweiz über ein Verbot von Kennzeichen aus dieser Epoche nachgedacht wird. Hier wird jedoch nicht mit gleichen Ellen gemessen. Ein Verbot von Hammer und Sichel, als Symbol der stalinistisch-kommunistischen Gewaltherrschaft, wird nicht in Erwägung gezogen. Auch halbreligiöse Symbole, wie etwa das Keltenkreuz, sollen offensichtlich neu kriminalisiert werden. Grotesk wird es dann, wenn künftig sogar das Schweizerkreuz als «rassistisches Emblem» definiert wird und Schülern verboten wird, beispielsweise mit Schweizerkreuzleibchen zur Schule zu gehen (so geschehen an der Volksschule in Bulle/FR).

Artikel 261quater (neu) Rassendiskriminierende Vereinigung

Da die rechtsextremistischen Pseudoparteien, Vereine und Gruppen marginal sind und keinen gesellschaftlichen Einfluss ausüben, zielt dieser Artikel wohl hauptsächlich zur Schädigung einwanderungskritischer Parlamentsparteien.

Die Schweizer Demokraten (SD) begrüssen jedoch einzig verschärfte Massnahmen zur Bekämpfung jeglicher Gewalt, komme diese von

Fortsetzung von Seite 3

rechts oder von links. Insbesondere die griffigen Massnahmen und Mittel gegen Krawallmacher bei Sportanlässen (Hooligans) sind zu unterstützen.



Hammer und Sichel dürfen weiterhin gezeigt werden

Das vorliegende Bundesgesetz «über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda» richtet sich einseitig auf die rechtsextreme und die meist unpolitische Sportkrawallszene. Wohl aus ideologischen Gründen werden die gewaltbereite linksextreme Szene und die militanten Ausländergruppierungen ausgeblendet. So wird die Bekämpfung von linksextremer Gewaltpropa-

ganda gar nicht erst in Erwägung gezogen. Auch ist es unverständlich, dass mehr als 58 Jahre nach dem völligen Zusammenbruch des NS-Regimes in Deutschland und der faschistischen Diktatur in Italien erstmals hierzulande deren Symbole verboten werden sollten, auf der anderen Seite jedoch die Symbole der sowjetischen Gewaltherrschaft nach wie vor offen gezeigt werden dürfen. Aus all diesen Gründen empfehlen Ihnen die Schweizer Demokraten, auf die Einführung dieses bürgerrechtsfeindlichen, einseitigen, überflüssigen und der freien Schweiz unwürdigen Bundesgesetzes zu verzichten. Zur Bekämpfung von rechter und linker (sowie Ausländer-) Gewalt sowie zur Eindämmung der Sportkrawallbrüder (Hooligans) reichen die bestehenden Strafgesetze. Diese müssen jedoch konsequent angewendet werden.

*Schweizer Demokraten (SD),
Rudolf Keller, Landrat/
e. Nationalrat, Zentralpräsident,
Bernhard Hess,
Nationalrat, Zentralsekretär*

«Ethnisch nicht schweizerische Schweizer» (!!)

csz. In der Presse tauchen in letzter Zeit öfters Artikel auf, in denen der Leserschaft weisgemacht wird, die Schweiz brauche in Zukunft unbedingt weitere Einwanderungswellen. So berichtete die «Neue Zürcher Zeitung» am 15. April 2003 ausführlich über eine Tagung von «Spezialisten für Raumplanungs- und Zukunftsfragen». Diese Leute haben offensichtlich nur eine Sorge: In der überfüllten, verbetonierten Schweiz könnte ohne weitere Einwanderung – endlich einmal!! – die Zahl der Einwohner zurückgehen. Dann wäre das immerwährende «Wachstum», von dessen Verherrlichung diese «Fachleute» (und vor allem deren internationalkapitalistische Geldgeber, die von der Überbevölkerung profitieren) nicht ablassen können, plötzlich zu Ende. Also lautet die Devise: Die Schweiz muss sich im «internationalen Wettbewerb um Immigranten» (!) so richtig ins Zeug legen, auch wenn das zur Folge hat, dass in der Schweiz immer mehr «ethnisch nicht schweizerische Schweizer» (!) leben. Andere Länder bemühen sich darum, den Zustrom von Immigranten endlich zu stoppen, und unsere akademische Elite verbreitet solchen Unsinn. Den Vogel vollends abzuschliessen blieb dem Direktor des Bundesamtes für Raumentwicklung vorbehalten: Ausgerechnet er, der eigentlich von Amtes wegen für einen haushälterischen Umgang mit dem raren Schweizer Boden sorgen sollte, führte aus, dass nun eben ein «allmähliches Auffüllen der besiedelbaren Nischen» stattfinden werde. Die Tagungsteilnehmer wussten auch ein Mittel, wie man die letzten halbwegs natürlichen Landschaften trotzdem zerstören kann, wenn die herbeigesehnten zusätzlichen Ausländer nicht kommen sollten: Dann baut man eben Zweitwohnungen. Mit der naheliegenden Frage, wovon sich denn die Schweizer und das Millionenheer von Kolonisatoren aus fernen Ländern ernähren sollen, wenn der «Raum» (gemeint ist unsere Heimat) solchermassen «entwickelt» ist, beschäftigten sich die Zukunftsspezialisten anschein-

end keine Minute. Sie denken wohl, dass der globalisierte Markt das schon regeln werde. Pech ist nur, dass Nahrungsmittel, namentlich solche guter Qualität, schon bald auf dem ganzen Globus knapp sein werden.

Eine ethnisch schweizerische Schweizerin sandte der NZZ-Redaktion noch gleichentags den nachstehenden Leserbrief:

«Die Vorstellungen gewisser Fachleute für Bevölkerungs- und Siedlungspolitik» von der Schweiz im Jahre 2060 sind schlicht schockierend. Ausgerechnet ein Verein namens «Avenir Suisse» (d.h. «Zukunft Schweiz») träumt von mehr als acht Millionen Einwohnern. Davon sollen immer mehr «ethnisch nicht schweizerische Schweizer» sein. **Ob die Schweiz von Schweizern oder z.B. von Afrikanern bevölkert wird, ist anscheinend egal – wenn es nur möglichst viele sind.** Damit die ganze Menschenmasse Platz findet, braucht es natürlich ein «allmähliches Auffüllen der besiedelbaren Nischen», d.h. im Klartext: **die völlige Zubetonierung der Landschaft.** Sollte sich die Schweiz im «internationalen Wettbewerb um Immigranten» wider Erwarten nicht durchsetzen, baut man – so ein gewisser Herr Strubelt – halt Zweitwohnungen. Wie recht hatte doch der unbekannte ethnisch schweizerische Schweizer, der einst schrieb: **«Erst wenn Täler, Wald und Hügel bis zum letzten Rasenziegel betoniert und umgegraben, wird der Mensch Ruhe haben». Und uns Schweizern bleiben ja vielleicht ein paar Quadratkilometer Geröllhalden und Gletscher als Indianerreservat.»**

Dieser Leserbrief wurde selbstverständlich nie publiziert. Und die Sorgen der Fachleute für Heimatzerstörung sind leider unberechtigt. Die «ethnisch nicht schweizerischen Schweizer» kommen zuhauf. Zürichs Strassenbild wird jedenfalls immer «schwärzer». Wir Schweizer müssen uns wohl schon bald nach der passenden Geröllhalde für die letzte Phase unseres Untergangs umschauen...

Neu eingetroffen – die Leibchen der SD Sektion Fricktal

Unterstützen Sie uns mit dem Kauf eines T-Shirts, welches exklusiv bei der Sektion Fricktal erhältlich ist.

Herrenausgabe (Beschreibung):

- Grössen S, M, L, XL
- Farbe weiss, mit rot-weissem Transferaufdruck (Hoheitszeichen)
- sehr gute T-Shirt-Qualität (100% Baumwolle), doppelt vernäht
- Preis CHF 29.–



- Farbe weiss, mit rot-weissem Transferaufdruck (rotes Herz mit weissem Schweizerkreuz)
- sehr gute T-Shirt-Qualität (96% Baumwolle, 4% Elasthan)
- Preis CHF 29.–

Damenausgabe (Beschreibung):

- Achtung: anderes Shirt! Bild folgt
- Grössen S, M, L

Bestellung

Ich bestelle ____ Ex. ____ S ____ M ____ L ____ XL ____ Herren ____ Damen

Name / Vorname: _____

Strasse / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Lieferung

Die Lieferung erfolgt über den Postweg. Sie erhalten die T-Shirts in der Regel innerhalb von 7 Tagen gegen Rechnung. Sollten keine T-Shirts mehr ab Lager lieferbar sein, werden Sie schriftlich informiert. In diesem Fall verzögert sich die Lieferfrist um ca. 1 Woche.

SD 
Schweizer Demokraten

www.schweizerdemokraten.ch



1.-August-Feier 2003 der Schweizer Demokraten

Herzlich willkommen im
gastfreundlichen Sarganserland

Wir Schweizer Demokraten der Sektion St. Gallen haben die Ehre, Sie zur 1.-August-Feier 2003 nach Flums einzuladen. Sie werden eine reizvolle Gegend unserer Heimat kennen lernen. Wir freuen uns auf viele Gäste aus nah und fern.

Das Festprogramm

- 10.30 Uhr – 11.00 Uhr Eintreffen der Gäste im Hotel Gräpplang, 8890 Flums, Tel. 081 733 12 62
- 11.00 Uhr **Musikalischer Auftakt** mit der Kapelle «Echo vom Aulina-Chopf», Flumserberg.
Begrüssung durch Roland Uhler, Präsident der Sektion St. Gallen.
Mitteilungen – Vorstellen der Gegend und der Ruine Gräpplang.
«Rufst du mein Vaterland», gemeinsamer Gesang
- 11.45 Uhr Ansprache von SD-Zentralsekretär und Nationalrat Bernhard Hess, Bern
- 12.30 Uhr – 13.45 Uhr Gemeinsames Mittagessen
- 14.00 Uhr **Ansprache von SD-Zentralpräsident Rudolf Keller, Frenkendorf**
«Trittst im Morgenrot daher», gemeinsamer Gesang
- 15.00 Uhr Schlusswort
- 15.10 Uhr Besuch der Burgruine Gräpplang (direkt neben dem Hotel)
- 15.50 Uhr Schluss der Veranstaltung
1. Zugabfahrten: 16.25 Uhr Richtung Ziegelbrücke
16.27 Uhr Richtung Sargans



Anreise: Flums ist über die Autobahn A 3 Ausfahrt Flums sehr gut zu erreichen. Dann Richtung Flumserberg weiterfahren bis unmittelbar vor Cafe Stähli, dann rechts, die SD-Wegweiser beachten! Ab Autobahn-Ausfahrt ca. 1,5 km bis Hotel. Genügend Parkplätze für PW und Car beim Hotel. Bahnreisende haben gute Zugverbindungen ab Zürich-Pfäffikon SZ-Ziegelbrücke und Sargans. Zugankunft in Flums von Ziegelbrücke: 10.33 Uhr – von Sargans: 10.25 Uhr Die Bahnreisenden werden von uns mit Autos am Bahnhof Flums abgeholt und zur Rückreise hingebacht.

- Mittagessen:** **Es stehen 3 Menüs zur Auswahl:**
1. Riz Casimir mit Geflügelfleisch, Reis mit Früchten, inkl. Suppe und Salat Fr. 16.50
 2. Rindsgulasch mit hausgemachten Spätzli, Bohnen, inkl. Suppe und Salat Fr. 19.50
 3. Gemüseteller, inkl. Suppe und Salat Fr. 18.50

Anmeldetalon

Bitte ausschneiden und sofort oder bis spätestens **15. Juli 2003** einsenden an:
Schweizer Demokraten, Sektion St. Gallen, Postfach 36, 9003 St. Gallen (Tel. 079 639 06 07)

Menü 1 :	Riz Casimir	Fr. 16.50	Anzahl: _____	/ Ich/wir kommen mit:	(bitte mit X bezeichnen!)
Menü 2 :	Rindsgulasch	Fr. 19.50	Anzahl: _____	/	PW
Menü 3 :	Gemüseteller	Fr. 18.50	Anzahl: _____	/	Car
					Bahn

Name, Vorname: _____ Tel. Nr. _____

Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Ist die Neutralität überholt?

Mischt euch nicht in fremde Händel!...

...lautete die Empfehlung des Landesvaters Niklaus von Flüe.

Deren Befolgung ist es zu verdanken, dass es in der modernen Schweiz, die seit Jahrhunderten eine Neutralitätspolitik verfolgt,

- keine Soldatenfriedhöfe;
- kein Denkmal des «Unbekannten Soldaten»;
- keine Gedenktafeln in den Dörfern und Städten für die auf dem «Felde der Ehre» gefallenen Söhne des Volkes gibt!

Wir blieben von den Völkermorden der letzten 150 Jahre dank einer klugen Neutralitätspolitik verschont.

Das ist nicht Nichts!

Sicher sind viele Probleme unserer Zeit und unserer Gesellschaft nur in aktiver Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten, mit der Völkergemeinschaft – wenn überhaupt – lösbar. Zu denken ist an die «Neue Völkerwanderung» mit dem Asylantenproblem; das organisierte Verbrechen; die Wachstumsfalle, in der die kapitalistische Wirtschaft steckt, und die weltweite Bevölkerungsexplosion mit ihren schrecklichen Folgen für die Völker, die Natur und die Umwelt. Zunehmend werden Versorgungsprobleme für Trinkwasser, Energieträger und industrielle Rohstoffe zur internationalen Zusammenarbeit zwingen, die über Handelsverträge hinausgeht.

Aber diese Zusammenarbeit muss und darf nicht zur Kolonialisierung, zur Protektoratbildung führen. Kriege in verschiedenster Ausprägung wären ansonsten die unausweichliche Folge. Die jüngsten Hegemonialkriege der Amerikaner geben einen Vorgeschmack der möglichen Folgen. Der staatliche Terror ruft den privaten Terror. Ein fürchterliches Klima der Verunsicherung lässt die Entwicklung der Völker einbrechen.

Die Definition der Neutralität

Der Neutralismus geht vom Prinzip der Nichteinmischung in die politischen Angelegenheiten anderer Staaten aus. Neutralität bedeutet die konsequente Anwendung dieses Prinzips. Die **bewaffnete Neutralität** entspricht der Verpflichtung, die Neutralität mit **allen** Mitteln zu schützen. Je glaubwürdiger diese Mittel (Ar-



Schweizer Soldat 1940: Verteidiger der Unabhängigkeit und Neutralität.

mee, Zivilschutz, wirtschaftliche Kriegsvorsorge) ausgestaltet sind, um so grösser die Widerstandsfähigkeit gegenüber Druckversuchen zur Aufgabe der neutralen Haltung. Diese Zielsetzung verspricht wenig Ruhm, ist aber für das politische und wirtschaftliche Überleben eines Kleinstaates von ausschlaggebender Bedeutung.

Mit dem Westfälischen Frieden von 1515 begann die schweizerische Neutralitätspolitik als konsequenter Verzicht auf Machtpolitik. Damit war und ist sie stets eine **echte Friedenspolitik**. Eine neue Dimension erhielt sie nach den Napoleonischen Kriegen. Seit dem Wiener Kongress 1815 ist die **bewaffnete Neutralität** von der Staatengemeinschaft anerkannt und zur Pflicht erhoben.

Mit der Kodifizierung des Neutralitätsrechtes 1907 wurde die Stellung des neutralen Staates in Kriegszeiten völkerrechtlich geregelt. **Die Schweiz hat ihre Pflichten im vergangenen, für Europa so schrecklich blutigen Jahrhundert mit geringen Ausnahmen sehr gut erfüllt.**

Während des ganzen Krieges 1939–1945 missachtete sie weder die in der Haager Konvention niedergelegten Rechtspflichten der Neutralen, noch brach sie den Gotthard-Vertrag oder andere Übereinkommen.

Edgar Bonjour konnte am Ende seines sechsbändigen Werkes «Geschichte der schweizerischen Neutralität» schreiben – Zitat:

«Als der Waffenlärm verstummte, gab sich die Schweiz davon Rechenschaft, dass sie ihre interna-

tionale Selbständigkeit und ihre Freiheiten, die als Inbegriff eidgenössischer Staatlichkeit gelten, ohne Neutralität kaum hätte bewahren können. Dem Ausland gegenüber durfte sie darauf hinweisen, sie habe ihr der Neutralität verpfändetes Wort eingelöst.

Das wurde ihr dann von Winston Churchill auch feierlich bestätigt.

Das Beispiel Österreich

Bekanntlich fiel Österreich als erster Staat der Nazi-Ideologie zum Opfer und wurde als Kriegsteilnehmer auf Seite der Achsenmächte von den Siegerstaaten besetzt.

Um seine Selbständigkeit wieder zu erlangen, verpflichtete es sich 1955 zur immerwährenden Neutralität. Im Bundesverfassungsgesetz steht als Artikel 1:

1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach aussen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität, Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen;

2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.

Österreich hat diese Verpflichtungen durch seinen Beitritt zur EU und zur NATO sehr stark relati-

viert. Die Quittung dafür erhielt es in den vergangenen Jahren mit der massiven Einmischung der EU-Staaten in seine inneren Angelegenheiten, ohne dass es sich noch angemessen hätte wehren können.

Die Schweiz vor der Selbstaufgabe?

Im Interesse der Wirtschaft und gewisser internationalistischer Ideologien hat die Schweiz in den letzten Jahren ihre Neutralitätspflichten gelegentlich sehr grosszügig ausgelegt. Wirklich bedroht ist die schweizerische Neutralität und Unabhängigkeit jedoch, seit unter dem Titel «Partnerschaft für den Frieden» die NATO-Tauglichkeit der Armee vorangetrieben wird.

– Wenn unsere Flugwaffe das Auftanken in der Luft mit französischen Transportflugzeugen geübt hat;

– Wenn militärische Einheiten von NATO-Staaten in der Schweiz – und schweizerische Einheiten in NATO-Staaten militärische Übungen durchführten;

– Wenn vom 5.–10. November 2000 450 Teilnehmer aus 20 Ländern in Luzern eine militärstrategische Übung durchspielten;

– Wenn das Militär-Englisch in der Armee als Pflichtsprache eingeführt wird;

– Wenn schweizerische Kleinverbände in «besetzten» Gebieten Handlangerdienste für Grossmächte leisten;

– Wenn unsere Soldaten für das G8-Gipfeltreffen in Evian als bessere Verkehrspolizisten eingesetzt werden (es hätte nur noch gefehlt, dass ihnen die Waffen abgenommen worden wären!),

steht unser Neutralitätsstatus auf wackligem Fundament. Eines der wichtigsten Instrumente zur Bewahrung der politischen und militärischen Unabhängigkeit wird zur Zeit, ohne Not, geradezu mutwillig zerstört.

Mit **Sigmund Graff** ist festzustellen:

«Die Behauptung mancher Politiker, eine Neutralität sei nicht zu verwirklichen, trifft insofern zu, als sie mit ihnen nicht zu verwirklichen ist.»

Hans Spitz, Köniz

Wahlen 2003: Für die Schweiz

Was wollen die Schweizer Demokraten bei den eidgenössischen Wahlen 2003 mandats- und stimmenanteilmässig erreichen?

Die Schweizer Demokraten streben vier Mandatsgewinne in den Kantonen Aargau, Bern, Baselland und Zürich an. Dies entspricht ungefähr einem gesamtschweizerischen Wähleranteil von 2,5%. Im Zentrum stehen die Verteidigung des bisherigen Sitzes von Bernhard Hess und die 1999 knapp verpassten Sitze von Rudolf Keller in Baselland sowie das langjährig gehaltene SD-Mandat im Kanton Zürich. Zudem rechnen die SD im Kanton Aargau mit einem Sitzgewinn. Aber auch in anderen Regionen, so in Basel-Stadt und in der Ost- und Innerschweiz, werden wir mit Listen präsent sein.

Politische Schwerpunkte des Parteiprogramms, des Wahlkampfes

Folgende Themen stehen im Vordergrund: Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten (gleichlautende Initiative lanciert); Verhinderung der Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf neue EU-Staaten; SD-Referendum gegen die Liberalisierung des Einbürgerungsrechts; Kampf der Kriminalität; Eindämmung der Staatsverschuldung; Absicherung der Sozialwerke; Einführung von griffigen Gesetzen gegen «Wirtschaftsabzocker»; absoluter

Schutz und Vorrang der Einheimischen auf allen Ebenen.

Positionierung der SD gegenüber dem Bundesrat und gegenüber anderen Parteien

Anders als der Bundesrat und die meisten anderen Parteien stehen die SD konsequent für eine freie, unabhängige und schweizerische Schweiz ein und haben – im Gegensatz zur SVP – auch ein hohes soziales und ökologisches Gewissen.

Legislaturlanz der SD:

Was verbucht sie für sich als Erfolg, was als Misserfolg?

Dank des langjährigen, unermüdligen Drucks der SD inner- und ausserhalb des Parlaments wurden die Asyl- und Ausländergesetze, wenn auch ungenügend, so doch weiter verschärft. Nationalrat Bernhard Hess war zudem mit bisher 41 Geschäften im Nationalrat äusserst aktiv. So können neu ausländische Straftäter auch im Heimatland ihre Strafe verbüssen, werden die Entwicklungshilfen bei massivem Asylrechtsmissbrauch gekürzt oder eingestellt, wird die Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln neu massiv bekämpft, werden die risikoreichen betriebs-eigenen Pensionskassen abgeschafft, sollten Pferde künftig artgerecht gehalten werden und CD und CD-Roms werden neu wiederverwertet. Leider wurden zahlreiche SD-

Vorstösse auch abgelehnt, wie etwa der Schutz der Landessprachen vor englischen Fremdwörtern, die Rückkehr zur alten Rechtschreibung, der Schutz der Schweizer Fahne oder möglicherweise auch ein Schweizer Armeemuseum in Thun. Weiter bedauern die SD die Ablehnung des von den SD beinahe allein getragenen Referendums gegen die bilateralen Verträge im Jahre 2000.

Wichtige Entwicklungen in der Partei, Krisen und Erfolge 1999–2003

Es stossen vermehrt junge und ganz junge Menschen zur Partei. Die Folge ist die Aktivierung der Jungen Schweizer Demokraten (JSD), welche erstmals in den Kantonen Aargau und Bern, möglicherweise auch Zürich, mit eigenen Listen an den Wahlen teilnehmen werden. Während in den Kantonen Aargau, Bern und Basel-Stadt bei den kantonalen Wahlen die Mandate und Wähleranteile gehalten werden konnten, erlitten die SD insbesondere diesen Frühling in Baselland und Zürich teils empfindliche Wahlniederlagen.

Mit an der Spitze: Altgediente und bekannte Neue

Bernhard Hess, derzeit einziger SD-Nationalrat aus dem Kanton Bern; Rudolf Keller, wiedergewählter Baselibieter Landrat und ehemaliger

Nationalrat, SD-Zentralpräsident seit 17 Jahren; René Kunz, populärer und umtriebiger SD-Spitzenkandidat im Kanton Aargau; Ueli Brassler und Rolf Boder haben die SD im Kanton Zürich wieder auf Vordermann gebracht und marschieren als Spitzenkandidaten gemeinsam Richtung Nationalratsmandat.

Ausblick, Prognosen für die eidgenössischen Wahlen 2003

Die SD steigen mit einem modernen, zukunftsorientierten Konzept in den bevorstehenden Wahlkampf, bei dem sie eigentlich nur noch gewinnen können. So ist neben der Verteidigung des bisherigen Mandates im Kanton Bern jeder zusätzliche Sitz ein grossartiger Erfolg.



Betrifft: Eidgenössische Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten»

Sehr geehrte Damen und Herren,
Alle Achtung vor Ihrem unentwegten Einsatz zur Rettung unseres Landes! Die Gegnerschaft ist jedoch ständig auf der Lauer, um auch die besten Absichten zu Fall zu bringen, und sie findet jegliche Unterstützung. Wie war es doch vor wenigen Jahren mit einer ähnlichen Initiative? Nachdem mit grosser Mühe eine Volksinitiative zu Stande gekommen war, wurde sie kurzerhand vom damaligen Bundesrat Koller wegen angeblichen Verstosses gegen das Völkerrecht als ungültig erklärt. Die grosse und mühevollte Arbeit war für die Katz, es gab darüber keine Abstimmung. In Sachen Einwanderung beliebigen Ausmasses praktiziert Bern eine Art von Terrorismus gegen das eigene Land und

Volk. Unsere wahren Interessen werden von unseren Regierenden und unter Mithilfe verschiedener Lobbyisten ständig mit Füssen getreten. Wie es um unsere Demokratie steht, beschreibt W. Schmidhauser treffend in der Nummer 5 des «Schweizer Demokraten». Noch etwas wäre zu bedenken, wenn eine neue Initiative angefangen wird. Von der Ära Schwarzenbach bis heute sind die gewählten Volksvertreter, die sich aufrichtig für die Schweiz gewehrt haben, wieder abgewählt worden. Die Mehrheit der Stimmbürger ist ihnen nicht helfend zur Seite gestanden, im Gegenteil, sie sind dem Verrat und den falschen Versprechungen von Regierung und Parteifunktionären gefolgt. Es ist wohl einmalig, aber es steht durch-

aus fest: Die Mehrheit der Stim-menden stimmt gegen ihre eigenen Interessen und gegen eine noch mögliche Zukunft des Landes. Mit Referenden und Initiativen sowie mit andern noch erlaubten Mitteln scheint es mir aus den schlimmen Erfahrungen nichts mehr zu fruchten, den Untergang des bereits verhandelten Endes unserer Souveränität und unserer direkten Demokratie aufzuhalten. Auch die Armee ist längst eingebunden in den zivilen Verrat. Ob wir es wahr haben wollen oder nicht: Es gibt halt eben Zustände, die einzig und allein durch Einsatz von Gewalt behoben werden können, aber es ist grosse Mode geworden, gegen den Krieg zu wettern und damit die schlimmsten Macht-haber wie etwa Mugabe in Simbab-

we weiterhin in schlimmster Art wirken zu lassen. Unter dem Vorwand, es dürfe ja nichts gegen das Völkerrecht unternommen werden, bauen die Mächtigen und Rücksichtslosen, die sich keinen Deut um die sonst fast angebetenen Menschenrechte kümmern, ja sie überhaupt nicht beachten, ihren Einfluss aus.

Die gegenwärtigen politischen Zustände in unserem Land, die dahin laufen, die Eigenständigkeit und die erkämpften Bürgerrechte abzuschaffen, sind eine Spätfolge der sogenannten Zauberformel, wonach unter Nichtbeachtung der Bundesverfassung vier Parteien alleine zu landespolitischer Macht zugelassen sind.

Dr. M. Disteli, Olten



SD St. Gallen

28. Juni: 600-Jahr-Feier
Schlacht bei Vögelinsegg

Besammling Vögelinsegg-Schiessen (300 m und 25 m):
10 Uhr beim Schlachtdenkmal;

Besammling Schlachtortbesichtigung:
13 Uhr beim Schlachtdenkmal.

Weitere Auskünfte und Anmeldung: Telefon 071 278 06 72 und 079 639 06 07 oder E-Post: ruhler@freesurf.ch

Verwenden Sie diesen Kleber auf Ihrer Post!

"Das freie Wort" 36 Kleber (1 A4-Bogen) kosten Fr. 2.–. Mindestbetrag von Fr. 10.– einsenden an:
SD Thurgau
Postfach 656
8501 Frauenfeld

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
	SD Schweiz	SD-1.-August-Feier in Flums. (vgl. Seite 5)
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zuzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/ Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (ausser Juli/August) im Restaurant Brunnenhof, Landorfstr. 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstr. 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung Sektion Stadt St. Gallen und Umgebung	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Informationen: www.infowil.ch/sd-wil 25. Juni: Stamm, ab 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, St. Gallen, St. Fiden; 28. Juni: vgl. Inserat
Ob-/Nidwalden 	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur Stadt Zürich	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Seestern in Niederuster Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss In jeder geraden Kalenderwoche ab 19 Uhr Höck im Restaurant Farbhof, Badenerstr. 753, 8048 Zürich

Einladung zum Jahresbräteln 2003 SD Sektion Köniz

Freitag, 11. Juli, 20 Uhr bei Familie Matter, Bindenhausstr. 31, 3098 Moos

Alle bringen ihr Essen und Trinken selbst mit. **Für das Dessertbuffet sind Cakes, Süssspeisen, Kuchen etc. sehr willkommen.**

Bitte melden Sie sich telefonisch bis 6. Juli 2003 an bei Christine Seiler, Telefon 031 971 28 09. (teilweise Telefonbeantworter. Scheuen Sie sich nicht, darauf zu sprechen. Danke).

Offizielles Organ der Schweizer Demokraten

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0 (Zentralkasse Killwangen)
Internet: www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:
Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf
Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)
Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)
Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden
Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen
Hans Steffen, Fischenthal

 **Kanton Bern** 

SD-Präsidium: Auf Bühler folgt Hess



Peter Bühler **Bernhard Hess**

He. Anlässlich der kantonalen SD-Delegiertenversammlung vom 12. Mai 2003 im Restaurant Bären in Bümpliz gab der Berner Stadtrat **Peter Bühler** aus beruflichen und persönlichen Gründen nach sechsjähriger Amtszeit seinen Rücktritt als Kantonalpräsident bekannt. Daraufhin wurde Bühlers Wunschnachfolger, Nationalrat **Bernhard Hess**, Bern, einstimmig zum neuen Kantonalpräsidenten gewählt. Hess würdigte Bühler als erfolgreichen Präsidenten, der die SD in einer schwierigen Zeit präsidierte.

Die kantonale SD-Parteileitung setzt sich künftig wie folgt zusam-

men: Kantonalpräsident **Bernhard Hess**, Nationalrat, Bern, neu, anstelle von Peter Bühler; Stadtrat, Bern; 1. Vizepräsident **Jakob Jäggi**, Guggisberg, bisher; 2. Vizepräsident **Wilfried Gasser**, a. Gemeinderat, Ostermundigen, neu, anstelle von Martin Messerli, Wichtrach; Sekretärin/Protokoll **Marlies Caputo-von Gunten**, Ostermundigen, bisher; Kassier **Christian Moosmann**, Rüschegg-Heubach, neu, anstelle von Lydia Riesen, Stadträtin, Bern, welche nach zehnjähriger Amtszeit zurücktrat und gebührend geehrt wurde; Beisitzer: **Hans-Peter Riesen**, Grossrat, Bern, bisher; **Tai Moser**, Präsident JSD, bisher; **Nora Gagg**, Bern, neu; **Roland Schöni**, Bönigen, neu; anstelle von Ernst Brönnimann, a. Grossrat, Oberbalm.

Werdegang von Peter Bühler

Peter Bühler wurde 1998 in einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung einstimmig zum Kantonalpräsidenten gewählt. Seit

seinem Amtsantritt als Kantonalpräsident setzt sich Peter Bühler für eine Modernisierung der Partei ein. Die Geschäftsleitung wie der Kantonalvorstand wurden auf seinen Vorschlag hin verkleinert und arbeiten seither nachweislich wesentlich effizienter.

Auch mit der grandiosen 1.-August-Feier 1998 im Berner Oberland zeigte er, zu was der Kantonalverband Bern fähig ist. Weiter wurde unter ihm die Pflicht der Mandatsabgaben für National- und Grossräte eingeführt. Verschiedene Vorgänger hatten diese nur auf freiwilliger Basis, nur halberhoben oder gar nicht erhoben.

Wie bei der JSD, so haben auch bei der SD «Rechtsradikale» keine Chance. Seit Bühler den Kantonalverband leitet, wurde jegliche Form von «Radikalismus» aus der SD verbannt. Dass die Mitglieder und Sympathisanten gleicher Meinung sind, zeigt auch die Tatsache, dass nur wenige Ausschlussverfahren eingeleitet werden mussten.

1999 rutschte Peter Bühler für den damals neu gewählten Grossrat Hess in den Rat der Bundeshauptstadt nach. Auch dort leistete der Kantonalpräsident vom ersten Tag an seine Arbeit. 2001 wurde er dann von der Berner Wählerschaft in seinem Amt bestätigt. Bis heute hat er 50 Vorstösse eingereicht, die unangenehme Fragen an die Ber-

ner Stadtregierung stellen. Eine nicht unbeachtliche Zahl dieser Vorstösse führten zum gewünschten Erfolg. Wenn nicht, doppelte Bühler eiskalt nach. Mit der Kantonalassistentin wacht er mit «Argusaugen» über die Finanzen der Partei. Besonders erwähnenswert ist, dass beide auf eine finanzielle Entschädigung verzichten und der KV dank ihnen schwarze Zahlen schreibt.

Durch die Revision der Statuten, die vorherigen waren noch aus der Gründungszeit, wurde dem Kantonalverband ein stark modernisiertes Instrument in die Hände gegeben. Auch eine Homepage wurde für die SD unter Bühler aufgebaut. «Ohne diese Internet-Visitenkarte geht es nicht mehr», erklärte er kurz vor deren Einführung. Dass der Kantonalverband sehr gut funktioniert, hat Bühler bei der Teilnahme der diversen Wahlen gezeigt. Beispielsweise konnte bei den Nationalratswahlen der verloren gegangene Sitz von Ruf durch Hess zurückgeholt werden. Bei den Grossratswahlen konnten die drei Sitze verteidigt werden. Peter Bühler hat sehr viel für die Partei geleistet. Vieles blieb unerwähnt, aber ich bin sicher, einen Einblick in die Arbeit unseres Kantonalpräsidenten vermittelt zu haben. Peter, alles Gute!

*Tai Moser,
JSD-Präsident, Brüttelen*

† Ehrenmitglied Franz Widmer hat uns verlassen



Dr. Franz R. Widmer-Kohler

Am, 27. April 2003 konnte unser Dr. Franz Widmer-Kohler seinen 80. Geburtstag feiern. Wenige Tage danach, am 15. Mai, hat er uns in Folge einer heimtückischen Krebskrankheit für immer verlassen. Der gelernte Chemiker war in unseren Reihen ein sehr erfolgreicher und allseits beliebter Mann. Bereits 1964 wurde Franz Widmer Mitglied der Nationalen Aktion. Somit war er ein Mann der ersten Parteistunden. Bis zu seinem Lebensende blieb er unserer Partei als aktives Mitglied treu. Er bekleidete folgende Ämter: NA-Zentralvizepräsident, 1976 bis 1993 NA/SD-Geschäftsleitungsmitglied und Zentralvorstandsmitglied, Basler Grossrat (1978–1980) und Kantonalvorstandsmitglied, 10 Jahre Mitglied und teilweise

Präsident der Basler Schulinspektion des MNG, 4 Jahre Mitglied des Conseil Général in Fribourg und 1992 bis 1996 Reinacher Einwohnerrat und Mitglied der Rechnungsprüfungskommission, dann amtierte er auch als Reinacher Ortssektionspräsident. Bis an sein Lebensende war er Mitglied des Baslerbieter Kantonalvorstandes.

Franz Widmer war auch in heiklen parteipolitischen Situationen immer ein umsichtiger Mann, der tatkräftig mithalf, unserer Partei innere Stabilität zu geben. Er war aber auch ein gewiefter und sachkundiger Politiker, der es meisterhaft verstand, unsere SD gegen aussen zu vertreten. Auf Franz Widmer war immer Verlass. Er kämpfte in den Parlamenten, sammelte tausende von Unterschriften, schrieb viele Leserbriefe und Artikel und verteilte ungezählt viele Flugblätter. Da war es selbstverständlich, dass er vor wenigen Jahren auch Ehrenmitglied unserer schweizerischen Partei wurde.

Mit Franz Widmer verlieren wir einen aufrechten Patrioten und lieben Parteifreund. Wir danken ihm für alles, was er für unsere Sache getan hat!

Beruflich war er ein erfolgreicher Chemiker, der in Basel, Marly und auch 10 Jahre in Amerika – vor allem im Forschungsbereich arbeitete. Leidenschaftlich befasste er sich mit Zahlen. Das war so etwas wie ein Hobby neben der Politik, für die er viel Zeit verwendete. Und

was er seinen Kindern früher nicht so intensiv geben konnte, gab er ihnen in seinem letzten Lebensabschnitt umso herzlicher weiter. Seiner lieben Gattin Heidi danken wir, dass sie es ihm ermöglicht hat, neben Beruf und Familie auch dem zeitraubenden Hobby Politik nachzugehen. Wir wünschen ihr auf ihrem weiteren Lebensweg von Herzen alles Gute! Franz werden wir nie vergessen...

Rudolf Keller

 **Kanton Basel-Stadt** 

Therapien fördern statt Gassenzimmer ausbauen!

In der Mai-Sitzung des Basler Grossen Rates votierte Abdul R. Furrer namens der SD-Fraktion für eine Kürzung der Betriebskostenbeiträge (Subventionen) an die Gassenzimmer um ein Drittel auf 1,17 Millionen Franken pro Jahr sowie für die Überweisung der Petition «Gassenzimmer II weg von den Quartieren Matthäus/Rosen-

tal/Clara» zum Vollzug an die Regierung. Nachfolgend einige Auszüge aus dem Votum des SD-Sprechers, welches der Bevölkerung bisher verschwiegene Fakten ans Tageslicht und ins Bewusstsein bringt:

Fortsetzung Seite 10

Therapien fördern statt Gassenzimmer ausbauen!

Fortsetzung von Seite 9

Die Suchthilfe Region Basel, im Hauptgeschäft Gassenzimmer-Betreiberin, hat bis Ende 2002 5 Therapiestationen mit insgesamt 52 Plätzen geführt. Inzwischen wurden Waldruh und Obere Au an einem Standort zusammengelegt und gleichzeitig deren Kapazität von 24 auf 12 Plätze halbiert. Die SRB verfügt somit noch über 40 Therapieplätze, was einem Abbau von 23% gleichkommt.

Zudem wurden im Kanton Basel-Stadt in den letzten Jahren diverse Therapie-Einrichtungen anderer Trägerschaften geschlossen, so z.B. die Villa Doba sowie der Gatternweg, das Fischerhus und das Sunehus. Über Neu-Eröffnungen im selben Zeitraum ist nichts bekannt.

Diesem eklatanten Abbau von Basler Therapieplätzen steht die Tatsache gegenüber, dass von den Therapie-Institutionen in den übrigen Nordwestschweizer Kantonen deren 13 überbelegt sind und eine Warteliste führen müssen und dass die durchschnittliche Wartezeit bis zum Eintritt in die Therapie 45 Tage beträgt.

Solange der Eintritt in eine Therapie auf Freiwilligkeit basiert, solange der fürsorgliche Freiheitsentzug bestenfalls angedroht, aber in den seltensten Fällen vollzogen wird und solange alles getan wird, damit sich die Abhängigen in ihrer Sucht wohlfühlen und es ihnen ohne eigenes Zutun gutgeht, solange wird sich dieser Trend fortsetzen, bis in wenigen Jahren nur noch staatlich finanzierte sogenannte Überlebenshilfe-Angebote bestehen.

Die Fraktion Schweizer Demokraten vertritt die Meinung, dass der Status quo mit zwei Gassenzim-

mern beizubehalten und im Gegenzug die abstinenzorientierte Therapie zu fördern ist. Wo nötig, mit den adäquaten Mitteln des Alkohol- und Drogengesetzes sowie dem Psychiatriegesetz.

Statt Unwahrheiten zu verbreiten, sollte sich die Regierung wieder mal mit der Trendanalyse zur Basler Drogenpolitik von Jachen Curdin Nett beschäftigen. Diese Analyse – notabene im Auftrag der Fachstelle für Suchtfragen erstellt – bestätigt nämlich, **«dass der Ausbau der niederschweligen «Drogenhilfe» seit den 90er Jahren bei den Drogenabhängigen eine Einstellung fördert, welche die staatlichen und privaten Hilfeleistungen als selbstverständlich erachtet und voraussetzt. Darüber hinaus werden seitens der Abhängigen mit einer gewissen Frechheit immer weitergehende Ansprüche und Forderungen gestellt.**

Dies ist die absolut logische Folge einer Politik, welche den Abhängigen dienstbeflissen alles zur Verfügung stellt, wonach sie begehren.»

Auf Grund all dieser Erwägungen beantragt Ihnen die Fraktion Schweizer Demokraten eine Kürzung der Betriebskostenbeiträge an die SRB von 1'755'000.– um einen Drittel auf 1'170'000.– pro Jahr.

Ferner bitten wir Sie, die Petition P 155 nicht als erledigt zu erklären, sondern zum Vollzug der Forderung an die Regierung zu überweisen.

Die Anträge wurden mit grossem Mehr gegen die Stimmen der Schweizer Demokraten und von Teilen der SVP abgelehnt. Alle andern Parteien unterstützten – gegen jede Vernunft – die einäugige, verfehlte regierungsrätliche Drogenpolitik.

Abdul R. Furrer,
Grossrat, SD Basel-Stadt

Darum ist die grosse Schelte von deutscher Seite zum Klotener Anflug vom Norden her mehr als fraglich. Gewiss, der ewige Ausbau des Flughafens muss sehr bald ein Ende haben. Die Bäume können und dürfen nicht in den Himmel wachsen. Aber eines muss jedem Deutschen klar werden, man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben! Wenn also heute Deutschland anfängt, dem Flugverkehr in die Schweiz Daumenschrauben anzulegen, muss Deutschland auch wissen, dass viele Landsleute und Gemeinden von dieser Fliegerei gewaltig profitieren. Sollte darum unsere Fluggesellschaft «Swiss» zu leiden haben und der Standort Kloten durch die deutschen Daumenschrauben reduziert werden,

liegt es doch auf der Hand, dass deutsche Grenzgänger ihren Arbeitsplatz in der Schweiz verlieren müssen! Man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben! Die Störaktionen Deutschlands bringen einen gewaltigen Schaden für den Standort Kloten und damit für die ganze Wirtschaftsregion! Gewiss, es müssen neue Wege gesucht werden, es müssen Gespräche geführt werden und ein ewiges Wachstum kann und darf es nicht geben. Die Schweizer Demokraten mahnen alle zur Vernunft, dem kontraproduktiven Grössenwahn muss endlich abgeschworen werden, sonst verlieren wir eines Tages alles und das will im Grunde niemand!

SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung

Sehr geehrter Herr Höpli

(Brief an den Chefredaktor des St. Galler Tagblattes Herrn Gottlieb F. Höpli)

In unserem Lande und in unserer Demokratie gibt es immer weniger Tageszeitungen, und die wenigen Klagen über Mangel – Mangel an Lesern, Inserenten und und und... Sicher sind diese Klagen absolut berechtigt, doch die Frage sei erlaubt: Wie kann eine Zeitung rentieren und prosperieren? Antwort: Indem eine Zeitung für alle gemacht wird! Dann abonnieren sie alle und alle inserieren darin, weil alle abonnieren, etc. Also, die wenigen Zeitungen, die noch da sind, sind für alle da. Für alle Parteien und Gruppierungen! Besonders wichtig: Sie sind für alle Parteien da! Das heisst, für Regierungsparteien und Opposition – beide brauchen gleich lange Spiesse! Sagen Sie uns doch bitte, warum das bei Ihren Zeitungen nicht so ist? Warum wird von uns Schwei-

zer Demokraten parktisch nichts gebracht? Dies, obwohl wir im Thurgau eine ganz starke Opposition sind.

Ist es möglich, sinnvoll und demokratisch richtig, dass ein einzelner Redaktor zu allem legitimiert ist? Er gibt den einen – und sich selbst – Stimme und den anderen verweigert er jedes demokratische Recht. Das Volk wird so «informiert», wie es dem Herrn Redaktor ins Konzept passt... Selber ist ein Redaktor natürlich demokratisch voll und ganz legitimiert und gewählt, darum sagt und schreibt er in seiner Zeitung, was richtig und falsch ist und war die Bürger von allem zu halten haben... Herr Chefredaktor Höpli, wo ist ihre Legitimation und möchten Sie nicht endlich eine Zeitung, die alle auch haben möchten...?

Willy Schmidhauser, Präsident
SD Thurgau, Dettighofen



Kanton Thurgau



Deutschland, es reicht!

Wieviele Menschen aus dem süd-deutschen Raume, nördlich vom Rhein zwischen Bregenz und Basel, finden ihr Ein- und Auskommen in der Schweiz? Als Grenz-gänger, Pendler oder sogar Wochen-aufenthalter. Neuerdings verbinden auch acht Schnellzugs-paare Konstanz-Zürich-Konstanz pro Tag den Bodenseeraum mit dem Wirtschaftsraume Schweiz, und schon sehr bald sollen schnelle Schiffe sogar Friedrichshafen an

diese Verbindung koppeln. Tausende arbeiten im Raume Zürich, auf dem Flughafen und bei den Flug-gesellschaften. Deutsche Familien und Gemeinden profitieren also seit Jahren und Jahrzehnten vom Wirtschaftsraum Flughafen und dem ganzen nordschweizerischen Wirtschaftsraume. Das zeigen einerseits die Grenz-gängerzahlen und andererseits die aufblühenden süddeutschen Dörfer und Städte entlang der Grenze.

Importierte, vermummte Gewalt...

Wir durften eine linke Demo am Samstag, 24. Mai, in Frauenfeld erleben – natürlich mit importierten Demonstranten, die teilweise vermummt mit Steinen und Bierflaschen in Frauenfeld aktiv wurden. Die Polizei griff schliesslich mit Knallpetarden ein. (gemäss Thurgauer Zeitung) Nach 16.00 Uhr habe der schwarze Block per Bahn die Stätte wieder verlassen... Wenn Demonstranten aus einer nicht-linken oder Skinheadgruppe zuge-reist wären, hätten die Zeitungen

mit ganz anderen «Tönen» geschrieben, das ist sicher! Wozu also bemüsst sich das «Eisenwerk» in einer Klarstellung am 28. Mai dem Leser zu versichern, dass sie mit dieser linken Demo-Gewalt nichts zu tun hätten? Das Demo-Gesuch sei von einem Gemeinderat in Winterthur gestellt worden. Nun, da müsste doch das Eisenwerk noch beweisen, dass seine Ziele und Themen eher der SVP nahe stehen – was zweifellos in Anbe-tracht der Tatsachen eher sehr

schwer sein dürfte. Doch auch die Kantonspolizei hatte am 27. Mai ein «Korrigendum» in der Zeitung: Knallpetarden seien von der Polizei nie gebraucht worden, vielmehr wären Vermummte des schwarzen Blocks mit Knallpetarden gegen die Polizei vorgegangen. Die Polizei habe am Samstag lediglich Präsenz markiert. Die Demo wolle «den braunen Sumpf trocken legen». hiess das Motto der vermummten, linken Aktivisten und Freunde des Eisenwerks aus Zürich; vielleicht wissen diese Entwicklungshelfer gar nicht, dass z. B. ein junger, führender Schweizer Demokrat seit drei Jahren arbeitsunfähig und tagtäglich in Be-

handlung ist! Der junge Mann wurde damals am Seenachtsfest Kreuzlingen von Ausländern derart malträtiert und zusammengeslagen, dass er bis heute kein normales Leben führen kann und Therapie jede Stunde seines jungen Lebens bestimmt. Dazu kommt eine weitere, bedenkliche Tatsache: Bis heute wurde offenbar kein Schuldiger gefunden oder seine Peiniger halten derart zusammen, dass selbst ein noch so raffiniertes Polizeiverhör eine gegenseitige Deckung der Täterschaft durchbrechen konnte! Helvetia quo vadis!

*SD Thurgau,
Kantonale Parteileitung*



Kanton Zürich

Nationalratswahlen 2003 im Kanton Zürich

Ueli Brassler als Spitzenkandidat gewählt

csz. An einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung haben die Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich in einer Listenwahl die zwölf Erstplazierten Kandidat(inn)en für die Nationalratswahlen vom 19. Oktober 2003 bestimmt. Die Vertreter der Sektionen prisen in einer längeren, bis auf ganz wenige «Ausrutscher» sachlich geführten Diskussion die Vorzüge ihrer Kandidat(inn)en an. Dann konnten die 31 Delegierten auf einem Wahlzettel 12, 11, 10 usw. bis 1 Stimme vergeben. Eher überraschend gelangte schliesslich der 51-jährige Berufsschullehrer Ueli Brassler aus Zürich-Altstetten mit deutlichem Vorsprung auf den ersten Listenplatz. Das Wahlergebnis lautete bei einer maximal erreichbaren Stimmenzahl von 372 (31 mal 12) wie folgt:

1. Brassler Ueli, 1952, Berufsschullehrer, Zürich 9 310 Stimmen
2. Boder Rolf, 1963, Polizeibeamter, Winterthur 253 Stimmen
3. Blöchliger Patrick, 1977, kfm. Angestellter, Zürich 11 193 Stimmen
4. Fröhlich Ursula, 1952, Sicherheitsbeauftragte, Winterthur 177 Stimmen
5. Kaese Elvira, 1956, Telefonistin, Glattbrugg 170 Stimmen
6. Fischer Hans Jörg, 1948, Landwirt, Forch 157 Stimmen
7. Spiess Therese, 1951, Parteisekretärin Familienfrau, Zürich 9 143 Stimmen
8. Brändli Roland, 1972, Elektromonteur, Hinwil 116 Stimmen

9. Hegg Jean-Jacques, 1930, Dr. med., Spezialarzt, Dübendorf 106 Stimmen
10. Kessler Werner, 1950, Unternehmer, Uster 99 Stimmen
11. Gmür Daniel, 1983, Bau-schreiner, Zürich 3 92 Stimmen
12. Alder Markus, 1970, dipl. Verkehrslehrer, Dietikon 91 Stimmen

Als Nächstplazierte erhielten Stimmen: Ernst Rebsamen, Thalwil, 59; Florian Meili, Dürnten, 54; Marcel Peter, Opfikon, 45; Martin Merz, Hochfelden, 44; Thomas Zollinger, Kloten, 35; Herbert Heeb, Zürich, 34; Christian Wyss, Winkel, 30; Günter Schawalder, Rümlang, 28; Peter Müller, Niederweningen, 22; zahlreiche Kandidierende mit weniger als 20 Stimmen.

Jean-Jacques Hegg stellte anschliessend mit dem Einverständnis der Versammlung den 9. Listenplatz seinem Sektionskollegen Werner Kessler, Gemeinderat in Uster, zur Verfügung und figuriert nun selbst an zehnter Stelle auf der Nationalratsliste.

Die Nominationen für die ersten zwölf Listenplätze wurden der Presse mitgeteilt. Die meisten Zeitungen unterliessen aber die Veröffentlichung unseres Communiqués. Offensichtlich besteht weiterhin eine allgemeine Anweisung, über die Schweizer Demokraten möglichst nichts zu schreiben, es sei denn, man kann uns mal wieder durch den «Kakao» ziehen.

In der Zwischenzeit hat die Geschäftsleitung die Liste anhand der Nominationen der Bezirksparteien vervollständigt (Plätze 13–34) und ist auch der definitive Entscheid gefallen, auf eine Kandidatur für

den Ständerat zu verzichten. Die komplette Kandidatenliste für den Nationalrat wird im «Schweizer Demokrat» publiziert, sobald die Liste beim kantonalen Wahlbüro eingereicht ist.

Zürcher Frühenglisch – die vorprogrammierte Totgeburt!

Am 14. März 2003 hat der Zürcher Bildungsrat den Beschluss gefasst, ab 2005/06 flächendeckend Frühenglisch einzuführen. Dieser Entscheid, kurz vor Abtritt von Bildungsdirektor Buschor, zeugt von unverantwortlicher Zwängerei bis zur letzten Minute: In voller Kenntnis all der zahllosen Warnungen der Zürcher und auch schweizerischen Lehrerverbände, zwei Fremdsprachen an der Primarschule seien zu viel, nimmt der Bildungsrat die verheerenden Folgen in Kauf. Wir verlangen deshalb von ihm, auf seinen Entschluss zurückzukommen. Unsere Forderungen:

1. Nur **eine Fremdsprache an der Primarschule**, um den Grossteil der Schüler nicht zu überfordern und die notwendige Priorität von Deutsch in der gegenwärtigen Pisa-Situation zu gewährleisten. Die zweite Fremdsprache gehört wie bisher in die Oberstufe.
2. Die vorprogrammierte **Totgeburt von Englisch** ist zu vermeiden, indem man auch ein allfälliges Englisch klar als Sprachfach deklariert und mit dem dazu gehörenden Zeitgefäss versieht. Demgegenüber will der Zürcher Bildungsrat

sein bereits gescheitertes «Projekt 21» aufwärmen: (Fast) der gesamte Englischunterricht bestünde darin, dass man Naturkunde, Geografie und Geschichte anstatt auf Deutsch «**einfach**» auf Englisch erteilt. Eine gewaltige Illusion: Die Schüler hätten ein Fiasko im Sachunterricht wie im Englisch!

3. Die **Erstsprachenfrage** (ob Englisch oder zweite Landessprache an der Primarschule) muss mit all ihren Konsequenzen geklärt werden: Durch das längst fällige **Gesamtsprachenkonzept** und einen demokratischen **Volksentscheid** auf nationaler Ebene.

Bis dahin muss der Zürcher Bildungsrat mit einem endgültigen Entscheid zuwarten und deshalb auf seinen Beschluss vom 14. März zurückkommen.

Das Festhalten an seiner Illusion bedeutete unweigerlich den **Umweg über einen Scherbenhaufen**: Mit der Verschleuderung von Steuergeldern, Zeit und Arbeitsenergien – auf dem Buckel von Schülern, Lehrerschaft und Steuerzahlern!

*Überparteiliches Komitee
gegen das neue Volksschulgesetz*

Couchepin hat nicht nur Unrecht!

Plötzlich platzt Bundespräsident Couchepin mit dem Alarmruf in die Runde, die Altersrenten in der Schweiz seien nicht mehr sicher. Dabei handelt es sich um eine Entwicklung, die sich seit Jahrzehnten schleichend abgezeichnet hat: dank Fortschritte der Medizin werden die Leute immer älter; auf der andern Seite werden in der Schweiz immer weniger Kinder geboren. Man hätte schon längst die Alarmglocken läuten müssen. Doch haben alle Bundesratsparteien, und zwar auch die SVP, die Entwicklung verschlafen. Stattdessen wurde dem Volk ständig die falsche Predigt vorgesetzt, es seien die

Einwanderer, welche die Renten der Schweizer sicherten. Als würden Fremdarbeiter nicht auch älter!

Wer keine Kinder mehr hat, dessen Altersrenten sind eben nicht mehr gesichert, wobei die heutige AHV-Generation noch die geringste Schuld trifft. Sie hatte nämlich eine durchaus respektable Geburtenziffer aufgewiesen, eine geradezu ideale, wenn man davon ausgeht, dass es nicht darum geht, ein Bevölkerungswachstum zu erzeugen, sondern bloss den Fortbestand des vorhandenen Volks zu sichern. Die

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11.

Einwanderung hat jedoch ein anhaltendes Bevölkerungswachstum erzeugt, und die jüngere Generation sorgt dafür, dass es immer weniger Junge gibt. Sie darf sich kaum darüber beklagen, dass ihre Altersrenten unsicher geworden seien. Sie hat ja nur noch wenige Kinder und erspart sich so Familienlasten. Die demografische Entwicklung der Schweiz ist damit – zusammen mit der andauernden Einwanderungsbewegung – völlig aus dem Lot geraten.

Die Aufregung, wie sie in den ersten Kommentaren in den Medien zum Ausdruck kommt, ist deshalb völlig fehl am Platz. Nicht alle Vorschläge von Couchepin sind nämlich unvernünftig. Zum Beispiel ist die Rückversetzung des Rentenalters auf 67 vernünftig. So würde die Schweizer Wirtschaft vermehrt von einheimischen Kräften getragen und der arbeitsmarktliche Zwang zu immer mehr Einwanderung etwas abgebaut. Allerdings haben wir derzeit das Problem, dass manche Junge keine Lehrstelle finden und die Arbeitgeber die – für die Renten verheerende – Tendenz haben, die Leute vorzeitig in Pension zu schicken. Hier könnte nur ein scharfer Einwanderungsstopp Remedur schaffen, was offenbar weder Couchepin, noch die Bundesratsparteien, noch die Wirtschaft einsieht! Dann würden die Jüngeren eine Lehrstelle finden und die Älteren weiter beschäftigt, weil die Arbeitgeber sie nicht einfach durch jüngere Ausländer ersetzen könnten. Man darf doch nicht annehmen, man könne ewig auf Teufel komm raus immer mehr

ausländische Arbeitskräfte hereinholen, und es entstünden dadurch keine Probleme auf dem Arbeitsmarkt.

Die demografische Lage der Schweiz kann also nicht durch eine Einzelmassnahme ins Lot gebracht werden, sondern nur durch einen ganzen Strauss von Massnahmen. Es ist nun einmal so, dass die verfehlte Einwanderungspolitik die Demografie der Schweiz durcheinander gebracht hat. Zum Beispiel ist auch die Tendenz fragwürdig, alle Frauen in einen Erwerbsprozess hineinzwingen zu wollen. Erwerbsarbeit für alle, Männer und Frauen, hat es nämlich in keinem Land. So wird letztlich Arbeitslosigkeit erzeugt. Ausserdem gibt es immer weniger Kinder, weil die Frauen ihre Erwerbsarbeit nur kurz unterbrechen, vielleicht einem Kind das Leben schenken, was viel zu wenig ist, das Kind an der Krippe abgeben und sofort wieder ihren Erwerbsarbeitsprozess aufnehmen. So wird die Überalterung noch schlimmer, ganz abgesehen von der Frage, ob das Krippenkind wirklich glücklich ist und ihm eine erfreuliche Zukunft bevorsteht. Wer nur noch wenig Kinder hat, dessen Territorium wird eben durch fremde Völker besetzt. Dringend muss demnach auch die Familienpolitik massiv verbessert werden, damit nicht mehr fast alle kinderreichen Familien im übertragenen Sinn am Hungertuch nagen müssen. Die Zahl der dringenden Massnahmen ist gross und wird immer grösser. Wird die Schweiz die Situation meistern?

Jean-Jacques Hegg,
Gemeinderat, e. Nationalrat

Wenn zwei dasselbe tun

csz. ...oder: Was geht auch nur in gewissen Journalistenköpfen vor? Vor kurzem wurde in der «Neuen Zürcher Zeitung» ausführlich die Situation von Tamilen in der Schweiz geschildert. Unter anderem kam eine junge Frau namens Nilayini zum Wort, die gerade im Begriffe ist, an einer Zürcher Kantonschule die Matura abzuschliessen. Sie erklärte, dass sie hier in der Schweiz bleiben wolle, aber sehr gerne ferienhalber nach Sri Lanka reisen würde, und bemerkte dazu ganz offen: «**Es ist toll, wenn man Leute um sich hat, die alle gleich aussehen und dieselbe Sprache sprechen.**» Man stelle sich vor, ein Schweizer hätte das gesagt. Er würde sofort lauthals als «Rassist»

beschimpft und womöglich von irgendeinem «politisch korrekten» Gutmenschen auch noch bei der Polizei angezeigt!

Dabei brachte die junge Tamilin bloss das **ganz normale menschliche Bedürfnis nach einem ethnisch-kulturell einigermaßen homogenen Umfeld** zum Ausdruck, in dem sich der Einzelne «zuhause» und sozial geborgen fühlt. Nur bei uns in der Schweiz und in einigen anderen europäischen Ländern redet eine Machtkoalition von weltfremden Intellektuellen und habgierigen Managern multinationaler Konzerne den Bürgerinnen und Bürgern unablässig ein, wie schön und «modern» doch eine «multikulturelle Gesellschaft» sei.

Schon den Schulkindern wird – teils auf subtile Weise, teils auch ganz offen – eingetrichtert, das Schlimmste, was man sein könne, sei ein «Rassist». Unter Hinweis auf die Greuelthaten des Nazi-Regimes wird den jungen Menschen beigebracht, dass jedes nationale Denken böse und gefährlich sei. Anders ist das angeblich bei den Völkern der Dritten Welt. Wenn diese sich – völlig zu Recht – gegen Kolonialismus und Ausbeutung wehren, gilt das als heldenhafter Befreiungskampf. Wehren aber z. B. wir Schweizer Demokraten uns dagegen, **von Einwanderermassen aus fremden Kontinenten kolonisiert** zu werden, dann werden wir sogleich als «Rechtsextremisten» und noch Schlimmeres beschimpft. Dabei ist doch ein **defensiver, auf die Selbsterhaltung**

des Volkes ausgerichteter Patriotismus überall auf der Welt etwas ganz anderes als der aggressive, von Rassendünkel und Grössenwahn geprägte Nationalismus, welcher in der Tat schon viel Not und Elend über die Völker dieser Erde gebracht hat. Jedes Volk hat das Recht, sich auf dem eigenen Territorium gegen ein Überhandnehmen fremder Ethnien und Kulturen zu wehren. Wenn die erwähnte junge Tamilin den verständlichen Wunsch aussprechen darf, unter ihresgleichen zu leben, dann müssen auch wir Schweizer Demokraten uns nicht dafür schämen, dass wir gegen die Überfremdung kämpfen. Sammeln wir also fleissig Unterschriften für unsere Volksinitiative zur Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten!



Briefmarken: Niedergang einstiger Kunst

Schweizer Briefmarken machten einst Werbung für das Land. Heute machen wir uns weltweit lächerlich. Was denken wohl Philatelisten darüber? Erste aufklebbare Briefmarken waren «One penny» und «Twopence» (England 1840), zweite schon die «Zürich-Vier» und «Zürich-Sechs» (1843); es folgten rasch die «Doppel-Genf» (ebenfalls 1843) und das «Basler-Tübli» (2 ½ Rappen, 1845). Karl Bickel (1886–1982) hat über 100 Briefmarkenbilder «gestochen», allesamt Kunstwerke. Er war gelernter Bildhauer und Lithograph. Sollte heute der Steindruck überlebt sein, so gäbe es sicher wirtschaftlich zahlbare Druckverfahren und auch fähige Graphiker. Doch fehlt es an «Köpfen» in den obersten Etagen der Post, seitdem diese Posten nach rein politischen Kriterien besetzt werden. Entsprechend sind auch die Wertzeichen, besonders die sogenannten «Dauermarken». Ich bin nach Möglichkeit stets auf Sondermarken ausgewichen; sie kommen aber nur spärlich und in kleinen Auflagen an den Schalter. Ist mein angeleg-

ter Notvorrat einmal aufgebraucht, muss ich notgedrungen mit «Dauermarken» frankieren: dem Bernhardinerhund mit Jungem (unter einer Glasglocke) und dem Fondue-Gaguelon (ebenfalls unter Glasglocke). Welche Idee! Was denkt jeweils der Empfänger von mir? So ganz anders frankiert ein Fricktaler in Neuseeland seine Postsachen. Es locken Schneeberge und sandige Küstenstreifen, Segelschiffe, markante Bäume, Höhlen, Sonnenuntergänge. Weihnachtsbriefe frankiert er mit entsprechenden Markenbildern: Maria mit Jesuskind, einem Engel mit riesigen Flügeln vor dem Sternenhimmel. Die Königin-Mutter «Her Majesty Oueen Elizabeth» trägt einen riesigen gelben Hut, als wäre es ein Heiligenschein: ein lebhaftes Porträt der alten Dame. Aber unsere Generaldirektoren geben die Schweiz der Lächerlichkeit preis mit ihrem Bernhardinerhund unter der Glasglocke. Wann endlich können wir wieder schöne Markenbilder erwarten? Ich fürchte, es gebe wenig Hoffnung. Die Wertzeichendruckerei Courvoisier schloss ihren Betrieb im Mai 2001, ein Jahr danach die posteigene in Bern. Letztere druckte früher Marken für über hundert Länder. Es scheint, dass man heute dafür in einem Billiglohnland drucken lässt. Dazu ist auch der Klebstoff von schlechter Qualität. Angefeuchtete Marken muss man lange andrücken. Oder die Leimtube hervorholen. Ist alles eine Vorwegnahme, dass nämlich die einst hohe Kunst des Briefeschreibens zu Ende geht? Mit ihr auch die Philatelie, das Markensammeln.

Robert Berner, Rheinfelden



Où vont nos impôts?



Mary Meissner,
Vernier

La Commission fédérale des Etrangers (CFE) vient de dévoiler le coût des 963 projets subventionnés à hauteur de 32 millions de francs. Cette manne va continuer à se déverser ces quatre prochaines années pour «renforcer l'aide à l'apprentissage des langues nationales et de la vie associative pour l'intégration des étrangers». Ce qui fera un total de 1300 projets d'environ fr. 34'000 chacun en faveur de ces gens-là.

D'un côté nos autorités ont à faire face à un déficit abyssal qu'elles veulent à tout prix diminuer en s'attaquant aux plus pauvres et démunis de notre société (retraites, intérêts des fonds de pension, TVA, diminution de l'AVS/AI) et de l'autre, elles dépensent non seulement les 32 millions susmentionnés, mais elles entretiennent aussi, chaque année les réfugiés et deman-

deurs d'asile pour plus d'un milliard, Ajouter à cela Expo.02 et Swissair pour ne citer que ceux-là et on se demande jusqu'où et jusqu'à quand ce gaspillage et cette gestion déloyale vont aller?

N'oublions pas de mentionner la rubrique des subventions qui arrosent de petits clubs, des associations contestataires, des fanfares et autres événements culturels alternatifs, des statues et des tableaux n'arrivant pas à la cheville des Michel Angelo ou Titien, et nos pauvres qui tirent le diable par la queue comprendront où la chèvre à mal aux pieds. N'oublions pas d'ajouter nos primes d'assurance qui atteignent des plafonnements vertigineux à cause des étrangers réfugiés malades qui émargent gratuitement à nos caisses malades.

Je voudrais profiter de cette mise au point en ajoutant que je ne comprends pas que l'intégration nous coûte si cher. J'ai été moi-même dans cette situation en Pologne pendant dix ans après la guerre comme femme étrangère ne parlant pas la langue du pays, sans logement, sans travail, avec un mari aux études et n'ayant que fr. 500.- en poche. Nous étions des milliers dans ce cas, mais le gou-

vernement polonais n'a jamais levé le petit doigt pour nous tendre la main. Je ne suis pas restée les bras croisés à attendre qu'un Hospice Général ou une FAREAS nous viennent en aide. Malgré la jalousie et le rejet de la population vis-à-vis de ces étrangères européennes pour la plupart, la première chose que nous avons faite a été d'apprendre la langue. En compensation, nous avons donné des leçons (conversation) de français, d'italien, d'allemand et d'anglais. Cela est à la portée de tous. Pour le logement, nous avons dû trouver des maisons de vacances éloignées des villes, mal chauffées pendant les hivers où la température descendait à moins 30 ou 40 °C. Le gouvernement n'a pas construit spécialement des immeubles ou ouverts des abris et nous n'avons jamais pu obtenir une chambre provisoire dans un hôtel. Quant à la nourriture, nous devons nous contenter des fruits et légumes de saison souvent piqués et difformes, d'œufs, de beurre, de rares morceaux de viande taillés à la hache dans la bête, et de pain gris au goût de sable. Il n'y avait pas de soupes populaires dans des restos du cœur. Naturellement, habitant si loin d'un travail obtenu assez facilement pour certaines

d'entre nous, il fallait se déplacer dans des trains à vapeur bondés, s'arrêtant à des gares éloignées. En ce qui me concerne la station était à 4 km de chez moi et pendant l'hiver, même avec mes «capce» (bottes en feutre), j'avais froid aux pieds on pataugeant dans la neige et la boue, sur un chemin de terre. Il fallait me lever à 5 heures du matin pour être au bureau à 7 heures, car également, depuis l'arrivée à Varsovie coupée en deux par la Vistule et deux ponts seulement restant praticables, je devais monter dans un camion bâché, souvent rester debout en me cramponnant aux attelles et de plus payer un abonnement. Nos réfugiés reçoivent des titres de transport gratuits et ils ont de beaux bus avec places assises. Pour les lecteurs que cela intéresse, j'ai écrit un livre qui s'intitule «L'Utopie écarlate» où je décris également les démêlés que j'ai eus avec l'UB (la police secrète communiste) et la façon dramatique de notre évasion en 1957.

Bref, lorsque je dois payer des impôts et des primes d'assurance faramineuses pour des gens qui sont dans une situation tellement plus facile que moi à l'époque, j'en ai des sueurs froides.

L'or de la Suisse à Fort Knox

Avec une dette de 44'000 milliards de dollar, les Etats Unis devront trouver un moyen pour boucher cet énorme trou financier. Ils essaient de dévaluer leur billet vert, mais cela ressemble pour l'instant à mettre un cathéter sur une jambe de bois. La Suisse ayant déposé tout son or à Fort Knox (on se demande bien pourquoi) représente une petite mine d'or qui remplace pour ces descendants des chercheurs d'or, un pactole bien tentant.

Connaissant leurs méthodes pour s'approprié à tout prix les richesses du monde où qu'elles se trouvent et ce trésor étant à portée de... Colt, on peut s'attendre à être spolié et dépouillé comme les Irakiens maintenant. Quel mensonge vont-ils trouver pour expliquer un

tel détournement? Que nous avons des usines d'armements? Que notre industrie pharmaceutique fabrique des gaz bactériologiques?

Mais non, ils ont trouvé mieux car plus subtilement, ils attaquent par le biais du CJM et leurs représentants Eizenstat ou Fagan, nos banques et nos fiduciaires.

Ils ont réussi leur premier coup avec les comptes en déshérence, pourquoi ne pas continuer avec des revendications sud africaines? Car Fort Knox n'est qu'un petit acompte! Un cow-boy avec deux revolvers à sa ceinture ne s'arrête pas en si bon chemin.

Je propose donc que nos autorités rapatrient au plus vite cette fortune en Suisse, et la mette dans le coffre-fort de nos montagnes. Il sera mieux là que dans un fort

américain. De plus, il sera plus facile de prélever ici les 12 milliards de francs suisses qui manquent à la Caisse de la Confédération sans compter les déficits béants des CFF, le la Poste et de Swisscom. Mieux vaut être volé par les siens que par une superpuissance boulimique, destructrice de l'environnement et sans scrupule.

La puissance des mots

Les nationalistes, les patriotes et les citoyens attachés aux traditions se font traiter de conservateurs, de vieille garde et d'égoïstes repliés sur eux-mêmes, parce qu'ayant vécu quelques guerres et krachs divers, ils savent que mieux vaut garder les acquis en conservant les méthodes qui ont fait leurs preu-

ves. Ils n'ont pas apprécié mai 68 ou l'ouverture des start-ups, les golden boys ou l'attitude des multinationales à Seveso et Minamata. Nous, les démocrates suisses et autres avons eu peur du communisme et l'avons combattu seuls envers et contre tout, prédisant sa faillite. Et nous avons eu raison. Comme nous avons eu raison en mettant en garde les gens qui ont cru au miracle des Bourses. Nous avons été les premiers à douter de la véracité des accusations des vatican-guerre étasuniennes et anglo-saxonnes, aujourd'hui, le pot aux roses éclate. Le pire ce sont les milliers de morts inutiles et le grand merdier qu'est devenu l'Iraq, sans oublier l'Afghanistan qui n'est pas près de se relever.

Toutes ces tragédies sont arrivées par la force des mots, des menson-

La vérité sur le FMI

On ne parle de Fonds Monétaire International qu'en bien dans la presse, alors que la vérité est occultée par le grand mensonge mondialiste. Voyez plutôt.

Un rapport de Monsieur Toussaint, historien et politicien belge, membre d'une des nombreuses commissions qui examinent actuellement le bon fonctionnement de cette institution, reconnaît que pour «percer l'écran de fumée qui cache les vrais enjeux de la dette mondiale, il y a fort à faire». Première idée reçue à bannir, l'endettement du Sud n'est pas un problème économique, mais politique. 87% de la population mondiale cumulent 1600 milliards de \$ de dette publique extérieure, tandis que les seuls USA en compte 7400 et l'Union européenne 7000. Or, c'est aux pays du Sud qu'on impose des plans d'ajustement, pas aux Etats Unis. Encore une injustice de plus

en faveur des voleurs qui accaparent les richesses mondiales sans vergogne, même au prix de la misère des plus pauvres.

D'autre part, les pays donateurs ne sont pas ceux que l'on croit. Depuis des années les flux financiers entre les pays du centre et de la périphérie, sont négatifs selon les chiffres de la BM (Banque Mondiale). Ainsi en 2001 tandis que les pays du Sud remboursaient 382 milliards de \$ à leurs créanciers du Nord et voyaient les multinationales rapatrier 55 milliards de \$, ces mêmes pays n'en recevaient que 51 milliards de dettes annulées en six ans. Bien pire, ce déficit s'accroît d'année en année puisque le service de la dette a crû de 50% depuis 1994, année des premières mesures de désendettement du FMI.

D'ailleurs le Fonds l'avoue lui-même: «le but n'est pas de supprimer la dette, mais de la rendre suppor-

table.» Ce qui sous-entend de permettre aux Etats du Sud de payer durablement le service de leurs dettes. Si les Etats Unis refusent d'annuler les créances c'est parce qu'ils ne veulent pas se priver d'un fabuleux levier de pouvoir imposer le fameux PAS («Consensus de Washington») qui oblige les Etats du Sud à ouvrir leurs économies aux capitaux, produits et services de la Triade (Etats Unis, Europe, Japon).

Mais qu'on se rende bien compte que le FMI fait partie des institutions du cercle onusien, sans en posséder les règles démocratiques. Il fonctionne selon le principe de l'actionnariat (plus on dispose de quote-parts, plus on a de voix) ce qui veut dire que le FMI est sous la tutelle de quelques gouvernements. Les USA avec 17,11% des suffrages au Conseil d'administration, possèdent même un droit de veto unique, les décisions importantes du FMI étant prises à la majorité qualifiée de ...85%.

Le comble réside aussi dans le fait que si un Etat voudrait acheter des parts, il lui faudrait l'aval de Washington. Ce qui revient à dire que le FMI est sous l'empire des Etats Unis et par conséquent offre à cet «empire» le contrôle absolu des finances mondiales. Greenspan en est le tsar et Duisenberg, le directeur de la BM son dévoué vassal. Nous vivons dans un théâtre dont on tire les ficelles avec droit de vie ou de mort de la part des marionnettistes.

Maria de Seimners, Genève

L'or de la Suisse à Fort Knox

Suite de page 13

ges et des publicités outrageuses, dans les médias. Ces mots ont conduit à la misère des plus pauvres et à la mort des espoirs ténus que certains s'ingéniaient à garder.

A voir ce qui se passe en France, où des millions de personnes de toutes tendances défilent dans les rues en créant le chaos dans les transports, les écoles et la vie de tous les jours de paisibles citoyens, on voit là encore la force des mots et des médias. Ce qui est plus bizarre encore, et incompréhensible, c'est l'attitude des gens de gauche surtout qui refusent de cette manière peu orthodoxe, des changements qui sont élaborés pour mettre au rancart de vieilles conceptions, pour changer des coutumes et des fonctionnements que nous, les démocrates suisses et autres, voulons garder, conserver comme les notes à l'école ou le placement de nos économies dans la banque de papa. Tous ces gens qui défilent pour que rien ne change dans le système démocratique mis en place, sont comme nous, des conservateurs et comme ils disent, de sales retardés. Peut-être nous comprendrons-nous également sur d'autres points et que la devise «Un tien vaut mieux que deux tu l'auras» deviendra universelle. Tant il est vrai que tous les changements instaurés depuis quelques décennies ont conduit à la catastrophe, y compris la globalisation dans le mondialisme.

Mary Meissner, Vernier

En parcourant la presse

Stupide refus

Prise financièrement à la gorge, la Confédération essaie de diminuer ses dépenses en coupant quelques subventions y compris les coûts de l'asile. Par l'intermédiaire de Ruth Metzler, nos autorités préconisent l'ouverture de quelques postes de travail aux requérants d'asile déboutés économisant ainsi dans l'aide sociale, 60 millions de francs par an.

Malheureusement, le Comité des Villes présidé par Ruth Lüthi de la Conférence des directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS) a donné un préavis négatif à cette proposition sensée. La principale raison évoquée est la difficulté de fermer rapidement le robinet des aides sociales, ce qui me paraît ridicule lorsque ce processus est parfaitement faisable concernant d'autres programmes. Que Ruth Lüthi agite en plus, l'épouvantail d'un glissement important des coûts de la Confédération vers les cantons et les centres urbains est stupide, car les autorités cantonales ou communales ne sont pas obligées d'entretenir les requérants déboutés qui doivent quitter la Suisse. Aucun des pays européens qui nous entourent n'entretiennent les sans papiers, ce que deviennent automatiquement les asilants refusés.

Jusqu'où iront certains édiles à qui nous donnons des voix pour qu'ils

défendent les intérêts de la population suisse? Sommes nous obligés par le truchement de nos impôts, d'entretenir les réfugiés de tous bords, aussi bien les vrais que les faux? En les obligeant à travailler pour nettoyer l'environnement pollué aussi par leurs propres frères, ce n'est que justice, car non seulement jusqu'à présent nous sommes les bienfaiteurs humanitaires, mais aussi les valets de ces gens-là. Ils ont trouvé le truc pour se faire payer un tourisme gratuit doublé d'un dolce far niente. Qu'ils travaillent pour le bien de la communauté, saperlipopette!

Egalité, un vain mot

Ce n'est pas une raison parce qu'au Brésil le nouveau gouvernement a instauré des quotas pour les Noirs et les métis leur ouvrant la porte des universités, pour passer de Charybde en Scylla. Après un concours d'entrée, les candidats noirs et métis, bénéficient, grâce à cette loi, d'un traitement préférentiel. Ils ont été reçus au détriment des Blancs éliminés malgré des notes supérieures aux leurs.

Lula, le nouveau président se prend pour Staline qui procéda de la même façon en URSS, donnant la préférence aux nuls, ce qui a

Suite en page 14

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:
Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

En parcourant la Presse

Suite de page 14

conduit au fiasco que l'on sait. Même s'il y a eu des inégalités auparavant, ce n'est pas une raison pour mettre en péril la survie d'un pays entier. Il y a d'autres manières

de procéder et surtout d'être impartial. C'est à la racine et dès le départ que toute compétition doit se baser pour obtenir de bons résultats. Supprimer brusquement de bons éléments conduit au fiasco difficilement rattrapable. Pauvre Brésil!

Octopus

Le Piloni

Notes à l'école

L'association ARLE vient de déposer son initiative pour remettre et garder les notes à l'école, munie de 28'000 signatures alors qu'il n'en fallait que 10'000. Mon propos n'est pas de revenir sur le bien fondé de cette demande (quoique j'aie signé cette initiative que je trouve parfaitement logique), mais bien sur le fait que les paradoxes se multiplient, à travers l'école, pour creuser un peu plus le röstigraben que les médias avait prétendu s'être atténué grâce à Expo.02 et aux résultats des dernières votations. Par exemple lors d'une interview radiophonique de Mme Régine Epli (S) la nouvelle cheffe du Département de l'instruction Publique à Zurich, elle a dit que ce problème d'évaluation chiffrée n'était pas à l'ordre du jour en Suisse allemande. Deuxième constatation, elle n'a pas l'intention, du moins pour le moment, de changer les directives de son prédécesseur libéral qui a décidé que l'anglais serait enseigné dès le 3^e niveau et le français dès le 5^e. Tout cela est bon à savoir.

Grandes conférences

Il y a une chose que j'ai de la peine à comprendre. Pourquoi au siècle de l'informatique et de la télévision portable, ces messieurs du G8, du Forum de Davos, ou de l'OMC ne discutent-ils pas sur le net au lieu de venir révolutionner des endroits tranquilles comme la Savoie et la Suisse Romande? Sans citer la gabegie de Gênes ou de Porto Alegre! Puisque nous sommes sur la ques-

tion de ces réunions au top niveau, je trouve que les médias ne soulignent pas assez les buts exacts poursuivis par les Grands. Par exemple, passées sous silence, les exigences des multinationales qui reviennent avec l'AMI (Accord multinationnel sur les investissements). Nous en avons déjà parlé dans nos numéros précédents. C'est la plus grande arnaque de tous les temps, vu que dans les statuts de l'AMI les investisseurs étrangers qui ne sont pas satisfaits peuvent se retourner contre les gouvernements trop réticents. Déjà le FMI et la BM agissent de même sous couvert de «charité», on voit les résultats catastrophiques en Argentine et au Brésil. Ne parlons même pas des pays du tiers monde.

Subventions et retraites

Là aussi le Conseil fédéral ne sait pas où il va. D'un côté il parle d'augmenter la TVA pour boucher les déficits des caisses de pension, il veut prolonger l'âge de la retraite et diminuer les intérêts du 2^e pilier à 2%, et de l'autre il distribue les subventions à n'importe qui. Les cantons agissent de même et il serait grand temps de prendre l'argent là où il est. Combien de millions sont donnés à des clubs de chants, des fanfares, des sociétés de jeunesse, aux agriculteurs cultivant le tabac ou le cannabis, aux drogués en leur achetant de la drogue, aux associations comme SOS racisme, au MRAP ou aux yodleurs? Tous ces gens ont moins d'importance que nos petits vieux ou nos handicapés. Quand donc nos autorités suivront-elles la logique au lieu de l'utopie? *Octopus*

Violation du droit international selon les USA

Les Etats Unis qui se fichent comme de Colin-tampon du droit international en attaquant qui bon leur semble en paroles, en actions et en violences de toutes sortes, en refusant de signer les conventions internationales sur la protection de l'environnement, ou des droits populaires les plus élémentaires, se permettent à travers leur FFF (Fou du Fric Fagan), de mettre à l'index juridique, des banques, multinationales et entreprises mondiales, représentées, aujourd'hui, par les descendants d'individus morts depuis longtemps et qui, de leur vivant, croyaient bien faire, on aidant de leur mieux l'Afrique du Sud, alors qu'on ne parlait pas encore d'apartheid.

Ce vocable a été utilisé plus tard, lorsque l'ANC de Mandela soutenu par les communistes interlopes et soviétiques, entamèrent une lutte des classes sur le plan international. Entre temps, le peuple de l'Afrique du Sud vivait mieux qu'aujourd'hui, et j'ai gardé un très bon souvenir de mes voyages tou-

ristiques à l'époque de cet apartheid parfaitement supportable grâce à une organisation propre et sûre pour une femme blanche, ce qui est loin d'être le cas maintenant. C'est pourquoi je demande à FFF pourquoi il est si désireux de s'attaquer aux successeurs des grandes entreprises mondiales qui font et ont du fric, au lieu de commencer par accuser les successeurs des voleurs de terres indiennes que sont les riches gouvernements successifs étasuniens. FFF pourrait faire des procès contre l'industrie militaire et pétrolière des Etats Unis, pour balayer devant sa porte, avant d'aller déverser son fiel sur celles des autres.

Pourquoi toutes ces entreprises, banques et multinationales (que je ne soutiens pas spécialement), ne s'allient-elles pas pour faire à leur tour des procès contre les succursales américaines en Europe, afin qu'elles remboursent les Indiens dans leurs misérables réserves?

Mary Meissner, Genève

Commission des Droits (In)humains

Lors de la 59^e session de la Commission des Droits humains (CDH), les discussions ont été houleuses, car la conception des droits de l'homme est interprétée différemment si elle s'applique au Sud ou au Nord de la planète. Cette session a duré un mois et demi à Genève pour se terminer le 26 avril 2003. Une fois de plus, le fond du problème a été occulté, alors que les délégués du continent africain se sont gargarisés en accusant les colonisateurs du Nord, ce qui ressemblait plus à un règlement de comptes, qu'à un acte de bonne volonté. Il fut évidemment question de l'Iraq dont l'actuelle situation est en porte-à-faux puisque les droits dans ce pays n'existent plus et n'ont d'ailleurs jamais existé. D'une part, le côté économique a été mal évalué par les Etats Unis

ainsi que par l'Europe et on peut douter d'un rôle impartial du FMI ou de la Banque Mondiale vu le parti-pris de ces institutions contrôlées par les Etats Unis. D'autre part, le Pacte de Stabilité européen s'avère être une sorte de boulet économique affectant les droits de l'homme les plus élémentaires. Mais il y a un volet de ces discussions qui n'a pas été ouvert. Le rôle occulte de Georges W. Bush qui se prend pour le Messie. Devant l'écran de télévision, revêtu d'une chasuble de prédicateur bleue au décolleté noir, il veut convertir l'Iraq en lui faisant envoyer des paquets de nourriture contenant des milliers de Bibles. En parallèle, il expédie des «missionnaires» soutenus par l'extrême-droite pro-israélienne. Je me demande si cet étalage à la Graham apportera une

amélioration démocratique? C'est douteux, vu que cette «bonne action» émane des fondamentalistes chrétiens évangéliques issus des lobbies hébraïques pro-Sharon. Il fallait aussi être drôlement absurde pour oser condamner aujourd'hui durant cette session des CDH, le régime disparu d'un Saddam Hussein qui bafouait les droits de l'homme depuis plusieurs années! Il m'est impossible de parler de tous les pays où les droits de l'homme sont bafoués et sont devenus un mythe, comme le Soudan qui a été mis à l'index ainsi que le Nigéria et le Congo. Mais que dire de la Russie, de la Corée du Nord, et surtout du Zimbabwe. Connaissant ce pays mieux que les autres, j'accuse ses autorités qui approuvent des dizaines d'assassinats de

fermiers blancs, et la ruine des terres arables créant une famine artificielle. Les Etats Unis, eux, exigent systématiquement un vote ou expriment des réserves lorsque des projets de résolutions se réfèrent à des textes internationaux dont ils ne sont pas parties prenantes. (Cour internationale de Justice, Convention pour les droits de l'enfant, loi réprimant l'antisémitisme et l'antiracisme, Convention sur les droits des Migrants, etc.) Ce mépris est pire que le mythe. C'est une atteinte à la liberté de penser, d'agir, de prier, c'est la dictature du Big Brother tout puissant. A quoi sert la Charte des Droits de l'Homme en ce siècle d'exactions de tous genres?

Maria de Seimners

Vernehmlassung der Schweizer Demokraten (SD)
in Sachen Bundesgesetz über Massnahmen gegen Rassismus,
Hooliganismus und Gewaltpropaganda

Keine Verkürzung auf «rechtsextreme Gewalt»

Das vorliegende Bundesgesetz «über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda» richtet sich einseitig auf die rechtsextreme und die meist unpolitische Sportkrawallszene. Wohl aus ideologischen Gründen werden die gewaltbereite linksextreme Szene und die militanten Ausländergruppierungen ausgeblendet. So wird die Bekämpfung von linksextremer Gewaltpropaganda gar nicht erst in Erwägung gezogen. Auch ist es unverständlich, dass mehr als 58 Jahre nach dem völligen Zusammenbruch des NS-Regimes in Deutschland und der faschistischen Diktatur in Italien erstmals hierzulande deren Symbole verboten werden sollten, auf der anderen Seite jedoch die Symbole der sowjetischen Gewaltherrschaft nach wie vor offen gezeigt werden dürfen.

Aus all diesen Gründen empfehlen die Schweizer Demokraten, auf die Einführung dieses bürgerrechtsfeindlichen, einseitigen, überflüssigen und der freien Schweiz unwürdigen Bundesgesetzes zu verzichten.

Zur Bekämpfung von rechter und linker (sowie Ausländer-) Gewalt und zur Eindämmung der Sportkrawallbrüder (Hooligans) reichen die bestehenden Strafgesetze. Diese müssen jedoch konsequent angewendet werden.

*Bernhard Hess, Nationalrat,
SD-Zentralsekretär*

«Secondos» werden immer unverschämter

Die sogenannten «Secondos» (Ausländer der zweiten Generation) benehmen sich bereits wie die Herren der Schweiz. Neuerdings fordern sie u.a. nicht mehr und nicht weniger als das Stimm- und Wahlrecht in der Schweiz. Man merke: Sie bitten nicht darum, sie fordern! In welchem Land der Erde haben Ausländer solche Rechte? Aber der Gipfel der Unverschämtheit folgt noch. Am 1. Mai organisierten die «Secondos» in der Toni-Molkerei in Zürich eine Veranstaltung. Der Eintritt war gratis, allerdings nur, wenn man einen Ausländerausweis vorweisen konnte! Schweizer waren entwe-

der gar nicht zugelassen oder sie durften sich die unverschämten Forderungen der «Secondos» wohl nur gegen einen happigen Eintrittspreis anhören? Die «reichen» Schweizer können ja ruhig gemolken werden. Man stelle sich die Antirassismusedemos vor, wenn bei einem Anlass des Berner-, Walliser- oder Appenzellervereins oder eines Sportclubs usw. nur Schweizer zugelassen wären. Zumindest eine Klage wegen Rassismus wäre den Verantwortlichen sicher.

*Dr. Dragan J. Najman, Grossrat,
Pressechef SD Schweiz,
19. Mai 2003*

SD über Antifa-Gewalt bestürzt

Die Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Thun sind bestürzt über die Gewaltbereitschaft linker Chaoten anlässlich des zweiten antifaschistischen Abendspazierganges in Thun. Insbesondere kritisieren sie die Behörden, welche trotz dem vermuteten Gewaltpotenzial diesen Saubannerzug bewilligt haben und so zynisch Gewaltanwendung und Sachbeschädigungen in Kauf genommen haben.

Zudem nehmen die SD Thun mit Befremden davon Kenntnis, dass die «Antifa» offensichtlich keineswegs zum Gewaltverzicht gegen Andersdenkende bereit ist, sondern das Heilmittel gegen sogenannte Rechtsextreme sogar noch mit stalinistischen Vokabeln wie «Angriff» untermauert.

Die Antifa ist eine zutiefst antidemokratische und gewalttätige Organisation. Deshalb fordern die SD

die Behörden der Stadt Thun auf, künftig keine weiteren antifaschistischen Abendspaziergänge mehr zu bewilligen. Zudem werden sämtliche demokratischen Kräfte und auch die Medien aufgefordert, die Augen auch vor linksextremer Gewalt nicht zu schliessen.

*Schweizer Demokraten (SD),
Stadt Thun, sig. Fritz Stalder,
e. Nationalrat, Pressechef*

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT**
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!

Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

*Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch*

Eidgenössische Volksinitiative «Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten»:

Das Tempo muss beschleunigt werden!

Wir wollen die Unterschriften möglichst schnell beieinander haben, und es schadet auch nichts, wenn dies vor dem letzten Abgabetermin geschieht. Schliesslich ist die Sammlung erst angelaufen, und wir wissen auch, dass verschiedene volle oder teils ausgefüllte Unterschriftenbögen noch bei den Sektionen liegen. Zwar haben wir Verständnis dafür, wenn diese von den Sektionen noch ausgewertet werden sollen. Zu lange darf das aber auch nicht dauern, denn wir wollen ständig orientiert sein, wo wir mit der Sammlung stehen. Die Aufgabe ist ziemlich schwierig und darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden, aber sie ist lösbar. Aus Rückmeldungen wissen wir auch, dass der Initiativtext vom Publikum der Stimmbürger im Allgemeinen sehr gut aufgenommen worden ist. Politisch ist die Sache für unsere Zukunft äusserst wichtig!



Begrenzung der aussereuropäischen Einwanderung

Die neue SD-Initiative «Für eine Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten» ist da.

Ja, da mache ich auch mit!

Ich bestelle _____ (Anzahl) Unterschriftenbogen der
neuen SD-Initiative

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Einsenden an: Schweizer Demokraten (SD), Postfach 8116,
3001 Bern, oder per Telefax 031 974 20 11, E-Post: sd-ds@bluewin.ch

